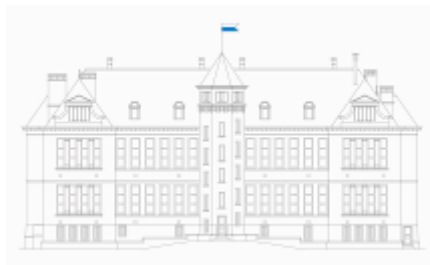


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Inhaltsverzeichnis

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	6
Griechische Präsidentschaft: Schwerpunkte des Programms .....	6
Termine unter griechischer Präsidentschaft .....	7
Europäischer Rat am 19./20.12.2013 in Brüssel.....	7
Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr .....	8
Griechische Präsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMI .....	8
Asyl und Migration .....	8
Aufhebung der Beschränkungen der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien / Debatte über Armutszuwanderung.....	8
Türkei.....	9
EU-Türkei: Rückübernahmeabkommen unterzeichnet .....	9
EuGH-Entscheidung zur Erteilung von Schengen-Visa .....	9
Feuerwehren, Rettungsdienst, Katastrophenschutz .....	10
Rat stimmt EU-Katastrophenschutzmechanismus zu .....	10
Verkehr .....	10
Rechnungshof schlägt Einstellung der EU-Förderung für Güterverkehrsdienste im Rahmen des Marco- Polo-Programms vor.....	10
Pläne für Konzept zu nachhaltiger urbaner Mobilität.....	10
Staatsministerium der Justiz.....	10
Ratspräsidentschaft.....	10
Griechische Präsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMJ.....	10
Justiz.....	11
Rat erreicht allgemeine Ausrichtung zu Richtlinie über Basiskonto .....	11
Rat einigt sich mit EP bei Marktmissbrauchsrichtlinie .....	11
EP-Ausschuss nimmt Berichtsentwurf zur Überarbeitung der Fluggastrechte-Verordnung an .....	12
Gesellschaftsrecht .....	12
JURI-Ausschuss verabschiedet Bericht zur nichtfinanziellen Berichterstattung von Unternehmen .....	12
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat .....	13
Griechische Präsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMFLH.....	13
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des Europäischen Rats (ER) am 19./20.12.2013.....	13
Allgemeine Ausrichtung des ECOFIN-Rates zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken..	14
Trilogieinigung zur Einlagensicherungsrichtlinie .....	14
Rat erreicht allgemeine Ausrichtung zu Richtlinie über Basiskonto .....	14



Trilogeinigung zur Regulierung von Zentralverwahrern bei Wertpapiergeschäften .....	15
<b>Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie .....</b>	<b>15</b>
Europäischer Rat vom 19./20.12.2013: Ergebnisse aus dem Geschäftsbereich des StMWi .....	15
Griechische Präsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMWi .....	16
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie .....	16
Trilogeinigung zur Einlagensicherungsrichtlinie .....	16
Allgemeine Ausrichtung des ECOFIN-Rates zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken..	17
Rat erreicht allgemeine Ausrichtung zu Richtlinie über Basiskonto .....	17
Trilogeinigung zur Regulierung von Zentralverwahrern bei Wertpapiergeschäften .....	18
Trilogeinigung zur Reform des Rechtsrahmens für die Abschlussprüfung .....	18
Neue De-minimis-Verordnung in Kraft.....	18
Konsultation zu einer neuen beihilfenrechtlichen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) .....	19
Kommission nimmt Verhaltenskodex zum Partnerschaftsprinzip bei der Aufstellung kohäsionspolitischer Programme an .....	19
Kommission nimmt Fahrplan für die Vollendung des Binnenmarkts für die Paketzustellung an .....	20
Kommission startet zwei Konsultationen zum Tourismus in Europa.....	20
Außenwirtschaft .....	20
EU beantragt WTO-Konsultationen wegen diskriminierender Steuern in Brasilien .....	20
Beschwerden bei der WTO gegen die EU durch Russland (betreffend Importsteuern wegen niedriger russischer Energiepreise) und Argentinien (betreffend Biodiesel) .....	21
Medien .....	21
Trilogeinigung zur Funkanlagenrichtlinie: Einheitliches Ladegerät kommt .....	21
High Level Group zur zukünftigen Nutzung des UHF-Bandes eingesetzt .....	21
Studie: Kreativwirtschaft entgegen Bankdarlehen in Milliardenhöhe .....	22
Energie .....	22
Eröffnung des beihilfenrechtlichen Hauptprüfverfahrens gegen Deutschland in Sachen EEG – Urteil des EuGH „Vent de Colère“ .....	22
Konsultation zu Textentwurf für Umwelt- und Energiebeihilfenleitlinien: energiepolitische Tatbestände .	23
Technologie und Innovation .....	23
Konsultation zu neuem Beihilfenrahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation .....	23
Trilogeinigung zur Verordnung über das „Copernicus“-Programm .....	24
Schweiz beteiligt sich an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen Galileo und EGNOS.....	24
Acht öffentlich-private Partnerschaften für industrielle Forschung und Innovation im Programm Horizont 2020 .....	24
Sonstiges .....	25
JURI-Ausschuss verabschiedet Bericht zur nichtfinanziellen Berichterstattung von Unternehmen .....	25
Trilogeinigung zur Tabakprodukterichtlinie.....	25



Trilogeinigung zur Richtlinie über strafrechtliche Sanktionen bei Marktmissbrauch .....	25
Einzig Prüfung („single audit“) bei der Verwaltung von Strukturfondsmitteln: Bestandsaufnahme des Europäischen Rechnungshofs.....	26
Kommission eröffnet Untersuchung zur Übernahme von E-Plus durch Telefonica Deutschland .....	26
Kommission genehmigt Übernahme des SZ Tower Bürogebäudes in München durch AXA und Norges Bank.....	26
<b>Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .....</b>	<b>27</b>
Griechische Präsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMELF .....	27
Ergebnisse des Rates für Landwirtschaft und Fischerei am 16./17.12.2013 in Brüssel .....	27
Kommission stellt „Maßnahmenpaket für saubere Luft in Europa“ vor .....	28
Kommission: neue Verordnung über geringfügige Beihilfen in der Landwirtschaft verabschiedet .....	28
Kommission fordert 335 Mio. € GAP-Gelder von Mitgliedstaaten zurück .....	28
Kommission legt Jahresbericht zur ländlichen Entwicklung vor .....	29
Eurostat veröffentlicht Schätzung zum landwirtschaftlichen Einkommen 2013 .....	29
Kommission legt Vorschläge über das Klonen von Tieren und zu neuartigen Lebensmitteln vor .....	29
Kommission veröffentlicht Bericht über obligatorische Angabe des Ursprungs von Fleisch .....	30
<b>Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration .....</b>	<b>30</b>
Griechische Präsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMAS.....	30
Beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte des Europäischen Rates am 19./20.12.2013.....	31
Qualitätsrahmen für die Antizipation von Veränderungen und Umstrukturierungen .....	31
JURI-Ausschuss verabschiedet Bericht zur nichtfinanziellen Berichterstattung von Unternehmen .....	31
EP-Entschlüsse zu Fortschritten bei der Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma und zu Arbeitsplätzen durch Umweltpolitik .....	32
EMPL-Ausschuss bestätigt Trilogeinigung zum Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen .....	33
EuGH-Urteil zur unmittelbaren Diskriminierung eines Arbeitnehmers aufgrund seiner sexuellen Ausrichtung.....	33
Arbeitslosenquote des Euroraums im November 2013 bei 12,1 %.....	34
Aktuelle Erwerbstätigkeitszahlen in der EU.....	34
<b>Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.....</b>	<b>34</b>
Europäischer Rat nimmt vertragliche Vereinbarungen potentiell auch im Bildungsbereich in Aussicht ...	34
Griechische Präsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMBW.....	35
Konsultationen zu neuem Beihilfenrahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation und zur Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) .....	35
Trotz guter Bewertung sieht Kommission Verbesserungsbedarf bei der Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens .....	35
Kommission spricht sich in ihrer zweiten Bewertung des „Europass“ für dessen Stärkung aus.....	36
<i>Prof. Jean-Pierre Bourguignon</i> neuer Präsident des ERC .....	37



Kommission veröffentlicht Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das neue Förderprogramm „Erasmus+“ .....	37
Open Data: Kommission startet Pilotprojekt zur offenen Nutzung von unter „Horizont 2020“ erzeugten Forschungsdaten .....	38
<b>Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz .....</b>	<b>38</b>
Ratspräsidentschaft .....	38
Griechische Präsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMUV .....	38
Kommission legt Paket zur Verbesserung der Luftqualität in Europa vor .....	38
Konsultation zu Textentwurf für Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien.....	39
Kommission legt Vorschläge über das Klonen von Tieren und zu neuartigen Lebensmitteln vor .....	39
Lebensmittelsicherheit .....	40
Kommission veröffentlicht Bericht über obligatorische Angabe des Ursprungs von Fleisch .....	40
Einigung bei der Tabakprodukttrichtlinie erzielt.....	40
<b>Staatsministerium für Gesundheit und Pflege.....</b>	<b>40</b>
Ratspräsidentschaft .....	40
Griechische Präsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMGP .....	40
Gesundheitswesen .....	41
Einigung bei dem Verordnungsvorschlag über klinische Prüfungen erzielt .....	41
Einigung bei der Tabakprodukterichtlinie erzielt.....	41
Konsultation zur Patientensicherheit und zur Qualität der Gesundheitsversorgung .....	41
<b>Rundfunkpolitik .....</b>	<b>41</b>
Griechische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich der IuK- und Medienpolitik.....	41
High-Level-Group zur zukünftigen Nutzung des UHF-Bandes eingesetzt .....	42
Konsultation zur Freistellungsverordnung von Beihilfen für Audiovisuelle Werke eröffnet .....	43
Studie: Kreativwirtschaft entgeht Bankdarlehen in Milliardenhöhe .....	43
Kommission eröffnet Untersuchung zur Übernahme von E-Plus durch Telefonica Deutschland .....	44
Einheitliches Ladegerät: Einigung im Trilog zur Funkanlagenrichtlinie .....	44
Internetzugang und Nutzung in 2013 .....	44



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

---

### GRIECHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE DES PROGRAMMS

Griechenland hat am 01.01.2014 zum fünften Mal seit seinem Beitritt 1981 den Vorsitz im Rat der EU übernommen. Die griechische Regierung stellte das Programm der „hellenischen Präsidentschaft“ am 08.01.2014 in Athen vor. Es steht unter dem Motto „Europa: Unser gemeinsames Streben“ und nennt vier Prioritäten für die Ratsarbeit für die kommenden sechs Monate:

- Wachstum - Beschäftigung - Kohäsion
- Vertiefung von EU und Eurozone
- Migration - Grenzen - Mobilität
- Meerespolitik als horizontaler Schwerpunkt

Ministerpräsident *Samaras* wird das Präsidentschaftsprogramm am 15.01.2014 im Plenum des Europäischen Parlaments (EP) vorstellen und sich einer Debatte stellen. Die griechische Präsidentschaft endet am 30.06.2014. Am 01.07. übernimmt Italien den Vorsitz, zudem beginnt dann eine neue „Trio-Präsidentschaft“, für die Italien, Lettland und Luxemburg ein gemeinsames 18-Monatsprogramm vorlegen werden.

Mit Griechenland übernimmt zum zweiten Mal nach Irland im ersten Halbjahr 2013 ein „Programmland“ den Vorsitz, für das ein Rettungsprogramm mit Milliardenkrediten bereit gestellt wurde. Vor diesem Hintergrund hat die griechische Regierung in den vergangenen Monaten besonders betont, eine sparsame („spartanische“) Präsidentschaft anzustreben. Die griechische Präsidentschaft unterscheidet sich auch insofern von sonstigen Ratsvorsitzen, weil im ersten Halbjahr 2014 die Wahlperiode des EP mit der Europawahl vom 22. - 25.05.2014 endet und der Rechtsetzungsprozess nach dem letzten EP-Plenum im April unterbrochen wird. Für den Abschluss der noch offenen Verhandlungen stehen damit nur noch ca. drei Monate zur Verfügung.

Als wichtigste Themen nennt das Programm die Annahme der noch offenen Rechtsakte zur Bankenunion. Besonderes Augenmerk soll auch auf die Umsetzung der in den vergangenen Jahren angenommenen Instrumente zur wirtschaftspolitischen Koordinierung und bei den Arbeiten an einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) gelegt werden.

Die Schwerpunkte des griechischen Präsidentschaftsprogramms aus Sicht der Ressorts sowie die wichtigsten Vorhaben in den einzelnen Fachministerräten werden in diesem Europabericht in den jeweiligen Geschäftsbereichen dargestellt. Für die EU-Erweiterungs-, Nachbarschafts- und Außenpolitik enthält das Präsidentschaftsprogramm keine besonderen Überraschungen oder Schwerpunkte.



Website der griechischen Präsidentschaft in deutscher Sprache:

<http://www.gr2014.eu/de>

Präsidentschaftsprogramm (in englischer Sprache):

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)

## TERMINE UNTER GRIECHISCHER PRÄSIDENTSCHAFT

Termine der griechischen Präsidentschaft:

<http://gr2014.eu/sites/default/files/draft%20programme.pdf>

Informationen zu Veranstaltungen und Link zum Präsidentschaftskalender:

<http://gr2014.eu/de/events/meetings>

## EUROPÄISCHER RAT AM 19./20.12.2013 IN BRÜSSEL

Bei der letzten Sitzung des Europäischen Rats (ER) im Jahr 2013 standen neben dem seit einem Jahr geplanten Schwerpunktthema „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ auch aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie eine erneute Debatte über die weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) im Mittelpunkt. Außerdem sprach der ER angesichts des Todes zahlreicher Flüchtlinge vor Lampedusa im Oktober 2013 über Migrationsströme in die EU. Daneben ersuchte der ER die Kommission, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten bis Juni 2015 eine makroregionale EU-Strategie für den Alpenraum auszuarbeiten (s. zu den einzelnen Themen die Beiträge der betroffenen Ressorts in diesem EB).

Erstmals seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 01.12.2009 widmeten sich die Staats- und Regierungschefs ausführlich dem Thema Verteidigungspolitik. Die Aussprache, die einen Meinungsaustausch mit NATO-Generalsekretär *Anders Fogh Rasmussen* einschloss, stand vor dem Hintergrund sinkender Verteidigungshaushalte in den Mitgliedstaaten, die auch für die Verteidigungsindustrie erhebliche Probleme aufwerfen, und gleichzeitig wachsender Anforderungen an die europäischen Staaten, sich bei Einsätzen wie zuletzt in Mali oder in Zentralafrika zu beteiligen. Der ER hat die Bedeutung der Verteidigungspolitik betont und hervorgehoben, dass die EU und die Mitgliedstaaten angesichts strategischer und geopolitischer Veränderungen im Umfeld Europas mehr Verantwortung übernehmen müssen, wenn sie gemeinsam mit UNO und NATO Frieden und Sicherheit bewahren wollen. Dazu müssten die nötigen Mittel bereitgestellt, aber auch die Verteidigungszusammenarbeit vertieft und die operativen Fähigkeiten verbessert werden. Zudem hat sich der ER auf Bereiche verständigt, in denen die Zusammenarbeit durch prioritäre Maßnahmen verstärkt werden soll.

Zur Erweiterungspolitik bestätigte der ER die Entscheidungen, die der Rat Allgemeine Angelegenheiten (Außenminister) bereits am 17.12.2013 getroffen hatte. Danach werden Beitrittsverhandlungen mit Serbien im Januar 2014 begonnen. Dagegen wurde Albanien noch nicht der Status als Beitrittskandidat verliehen, bei weiteren Fortschritten soll dies aber im Juni 2014 geschehen. Auch mit der Früheren Jugoslawischen Republik Mazedonien, die bereits seit 2005 Kandidatenstatus hat, werden weiterhin keine Beitrittsverhandlungen



eröffnet. Obwohl eine breite Mehrheit im Rat der Kommission zustimmt, dass Mazedonien die Voraussetzungen erfüllt, scheiterte die Eröffnung der Verhandlungen erneut an Einwänden Griechenlands, Bulgariens und Zyperns.

Schlussfolgerungen des ER:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/ec/140268.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/140268.pdf)

## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR

---

### GRIECHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMI

Innenpolitik:

- Post-Stockholm-Prozess,
- Asyl und Migration,
- Innere Sicherheit,
- Grenzschutz,
- Unionsbürgerschaft,
- Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit,
- Datenschutz,
- Strafverfolgung / Kooperation von Polizei- und Zollbehörden.

Bauen und Verkehr:

- Luftverkehr,
- Straßenverkehr,
- Schienenverkehr.

Arbeitsprogramm (en):

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)

### ASYL UND MIGRATION

#### AUFHEBUNG DER BESCHRÄNKUNGEN DER FREIZÜGIGKEIT VON ARBEITNEHMERN AUS BULGARIEN UND RUMÄNIEN / DEBATTE ÜBER ARMUTSZUWANDERUNG

Ab dem 01.01.2014 wurden alle Beschränkungen der Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und -nehmern aus Bulgarien und Rumänien aufgehoben. In einer Erklärung nahm Kommissar *László Andor* am 01.01.2014 zu





den Befürchtungen einiger Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, vor Armutszuwanderung Stellung. Die Kommission lehnt bisher jegliche Reglementierung des Rechts auf Freizügigkeit bzw. Präzisierungen, die Maßnahmen gegen einen Missbrauch ermöglichen würden, ab.

Pressemitteilung Kommissar *Andor* (de):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-1\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-1_de.htm)

KOM-Mitteilung vom 25.11.2013 zu Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2013/com2013\\_0837de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2013/com2013_0837de01.pdf)

## TÜRKEI

### EU-TÜRKEI: RÜCKÜBERNAHMEABKOMMEN UNTERZEICHNET

EU-Innenkommissarin *Cecilia Malmström* unterzeichnete am 16.12.2013 mit dem inzwischen zurückgetretenen türkischen Innenminister *Muammer Güler* ein Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und der Türkei.

Pressemitteilung der KOM (en):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1259\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1259_en.htm)

Informationen der Generaldirektion Home Affairs)(en):

[http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/2013/20131216\\_01\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/2013/20131216_01_en.htm)

Text des Abkommens (en):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0239:FIN:EN:PDF>

### EUGH-ENTSCHEIDUNG ZUR ERTEILUNG VON SCHENGEN-VISA

Der Europäische Gerichtshof hat am 19.12.2013 (Urteil in der Rechtssache C-84/12 *Rahmanian Koushaki / Bundesrepublik Deutschland*) entschieden, dass die in der VO EG/810/2009 zur Angleichung der Voraussetzungen für die Erteilung einheitlicher Visa (europäischer Visakodex) aufgezählten Verweigerungsgründe für die Erteilung von Visa für Kurzaufenthalte in einem EU-Mitgliedstaat abschließend sind und eine Behörde eines Mitgliedstaates die Erteilung eines Visums nur aus den in der VO genannten Gründen verweigern darf.

Text des Urteils (de):

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=9ea7d0f130d5783dac12c7b947b2aa77c9ad9b364bd5.e34KaxiLc3eQc40LaxqMbN4OaxiKe0?text=&docid=145915&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=416388>



## FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ

### RAT STIMMT EU-KATASTROPHENSCHUTZMECHANISMUS ZU

Der Rat hat in der Sitzung am 16.12.2013 dem vom EP am 10.12.2013 angenommenen EU-Katastrophenschutzmechanismus (EB 21/13) formell zugestimmt.

Pressemitteilung des Rats (siehe S. 44):

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/agricult/140120.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/140120.pdf)

## VERKEHR

### RECHNUNGSHOF SCHLÄGT EINSTELLUNG DER EU-FÖRDERUNG FÜR GÜTERVERKEHRSDIENSTE IM RAHMEN DES MARCO-POLO-PROGRAMMS VOR

Rechnungshof schlägt Einstellung der EU-Förderung für Güterverkehrsdienste im Rahmen des Marco-Polo-Programms vor.

Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs:

[http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR13\\_03/SR13\\_03\\_DE.PDF](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR13_03/SR13_03_DE.PDF)

### PLÄNE FÜR KONZEPT ZU NACHHALTIGER URBANER MOBILITÄT

Die KOM regt die Ausarbeitung von „Plänen für eine nachhaltige urbane Mobilität“ an, um die Umstellung auf sauberere und nachhaltigere Verkehrsmittel in städtischen Gebieten zu fördern.

Informationen der KOM zum „Urban Mobility Package“:

[http://ec.europa.eu/transport/themes/urban/ump\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/themes/urban/ump_en.htm)

## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

## RATSPRÄSIDENTSCHAFT

### GRIECHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMJ

Zum 01.01.2014 hat Griechenland als letzter der Triopräsidentschaft bestehend aus Irland, Litauen und Griechenland (EB 01/13 und 12/13) für die folgenden sechs Monate die Ratspräsidentschaft in der EU übernommen.



Themen aus dem Bereich des StMJ werden der Post-Stockholm-Prozess sein (21/13), aber auch der mögliche Abschluss einiger Vorhaben, wie z.B. der Verordnungs(VO)-vorschlag zur Änderung der Verordnung über das Insolvenzverfahren (EB 11/13 und 21/13), der VO-Vorschlag zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontopfändung im Hinblick auf die Erleichterung grenzüberschreitender Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen (EB 11/13 und 21/13), Richtlinien(RL)-Vorschlag über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der EU gerichteten Betrugs (EB 11/13) und der RL-Vorschlag zum strafrechtlichen Schutz des Euro und anderer Währungen gegen Geldfälschung (EB 05/13 und 03/13).

Bei anderen Legislativvorschlägen sollen die Verhandlungen maßgeblich vorangetrieben werden, wie Z.B. dem VO-Vorschlag für ein gemeinsames Europäisches Kaufrecht (EB 04/13, 15/13 und 21/13), das Paket zur Datenschutzreform (EB 21/13), die VO-Vorschläge zur Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft und betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) (EB 13/13 und 19/13) und die Überarbeitung der Flugastrechtereverordnung.

Link zum Arbeitsprogramm der griechischen Präsidentschaft (derzeit nur in Englischer Sprache):

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)

## JUSTIZ

### **RAT ERREICHT ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZU RICHTLINIE ÜBER BASISKONTO**

Der Rat hat am 20.12.2013 auf Botschafterebene (AStV) eine allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie über die Transparenz und die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen erreicht. Das EP hatte seine Position bereits am 12.12.2013 festgelegt (EB 21/13), so dass die Trilogverhandlungen nun beginnen können (siehe Bericht des StMWi in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ecofin/140274.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/140274.pdf)

### **RAT EINIGT SICH MIT EP BEI MARKTMISSBRAUCHSRICHTLINIE**

Der Rat hat auf Botschafterebene (AStV) am 20.12.2013 einen zuvor im Trilog mit EP und Kommission gefundenen Kompromiss bei der Richtlinie über strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation politisch gebilligt. Die Richtlinie definiert europaweit einheitlich verschiedene Missbrauchstatbestände und gibt einen Rahmen für die einheitliche strafrechtliche Sanktionierung sowie für Fragen der Gerichtsbarkeit vor.

Pressemitteilung Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1299\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1299_de.htm?locale=en)



## EP-AUSSCHUSS NIMMT BERICHTSENTWURF ZUR ÜBERARBEITUNG DER FLUGGASTRECHTE- VERORDNUNG AN

Am 17.12.2013 hat der federführende Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) über den Berichtsentwurf von Berichterstatter *Georges Bach* (EVP/LUX) zum Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der am 17.02.2005 in Kraft getretenen Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und der Verordnung (EG) Nr. 2027/97 über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr (EB 05/13) abgestimmt.

Der Berichtsentwurf sieht noch einige Überarbeitungen des Kommissionsvorschlags vor, um die Rechte der Verbraucher zu stärken. So soll z.B. nach dem Willen der Abgeordneten nicht, wie von der Kommission vorgeschlagen, zukünftig bei innereuropäischen und Flügen aus oder nach Drittländern bis 3.500 km erst bei einer Verspätung ab fünf Stunden Anspruch auf eine Ausgleichszahlung bestehen, sondern wie bisher ab drei Stunden. Zudem sollen „außergewöhnliche Umstände“, bei denen Fluggesellschaften von Ausgleichszahlungen befreit sind, sehr eng gefasst werden.

Dieser Bericht soll im Februar 2014 im EP-Plenum verabschiedet werden.

Berichtsentwurf:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-510.868+02+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Kommissionsvorschlag:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0130:FIN:DE:PDF>

## GESELLSCHAFTSRECHT

### JURI-AUSSCHUSS VERABSCHIEDET BERICHT ZUR NICHTFINANZIELLEN BERICHTERSTATTUNG VON UNTERNEHMEN

Am 17.12.2013 hat sich der JURI-Ausschuss auf einen Bericht zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen geeinigt, der die Absicht der Kommission bestätigt, zukünftig Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern zu verpflichten, nichtfinanzielle Informationen über Umwelt-, Sozial-, Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie Bekämpfung von Korruption und Bestechung offenzulegen. D.h. große börsennotierte Unternehmen müssen demnach Informationen über ihre „diversity policy“ (Diversitätsstrategie) zugänglich machen. Das betrifft Aussagen zu den Bereichen Alter, Geschlecht, geographische Vielfalt, Behinderung, Bildungs- und Berufshintergrund. In beiden Fällen ist eine Pflicht zur Erklärung vorgesehen, falls das Unternehmen über keine Strategie verfügt.



Für kleine und mittlere Unternehmen gelten diese Pflichten nach dem Ausschussbericht nicht (siehe hierzu Bericht des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung des JURI-Ausschusses:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20131216IPR31032%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=EN>

## **STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT**

---

### **GRIECHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMFLH**

Vom 01.01.2014 bis zum 30.06.2014 hat Griechenland zum fünften Mal den Vorsitz im Rat der EU inne. In seinem Arbeitsprogramm hat Griechenland die politischen Schwerpunkte für das kommende Halbjahr festgelegt. Der Fokus der griechischen Ratspräsidentschaft wird insbesondere auf der Förderung von Wachstum und Beschäftigung, einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), der Vervollständigung der Bankenunion sowie dem Thema Einwanderung und Grenzkontrolle liegen. Insbesondere die ex-ante Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der EU soll gestärkt werden, etwa durch Vertragspartnerschaften, um Strukturreformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten zu fördern. Die Verhandlungen über die Energiesteuer und die Finanztransaktionssteuer sollen vorangebracht werden, ein Abschluss ist aber wohl nicht realistisch.

Programm der griechischen Ratspräsidentschaft (in englischer Sprache):

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES EUROPÄISCHEN RATS (ER) AM 19./20.12.2013**

Beim Dezember-Gipfel des ER ging es neben der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik insbesondere um sog. „Vertragspartnerschaften für Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit“. Dabei handelt es sich um bilaterale völkerrechtliche Abkommen, mit denen sich einzelne Mitgliedstaaten zu bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahmen (etwa Reformen am Arbeitsmarkt) verpflichten. Damit soll eine effektivere und verbindlichere Koordinierung der Wirtschaftspolitik erzielt werden. Die abschließende Entscheidung wurde auf Oktober 2014 vertagt. Es wurden lediglich einige mögliche Eckpunkte festgehalten (u. a. Abschluss durch alle Euro-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Programmländer, Einbettung in das Europäische Semester, mögliche Reformbereiche, Einbindung der nationalen Parlamente, noch keine Details zur möglichen Schaffung finanzieller Anreize).

Schlussfolgerungen des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/140268.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/140268.pdf)



## **ALLGEMEINE AUSRICHTUNG DES ECOFIN-RATES ZUM EINHEITLICHEN ABWICKLUNGSMECHANISMUS FÜR BANKEN**

In der Sondersitzung des ECOFIN-Rates am 18.12.2013 wurde eine allgemeine Ausrichtung zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken erzielt. In den Verhandlungen fand eine Annäherung an deutsche Forderungen statt. Für die Abwicklung kleinerer und nicht grenzüberschreitend tätiger Banken sollen – in Anlehnung an die Ausgestaltung der gemeinsamen Bankenaufsicht – primär die nationalen Abwicklungsbehörden zuständig bleiben. Die tragende Rolle im einheitlichen Abwicklungsmechanismus soll der Ausschuss für Einheitliche Abwicklung spielen. Die Rolle der Kommission im Abwicklungsmechanismus wurde im Vergleich zum Kommissionsvorschlag geschwächt, die des Rates gestärkt. Der gemeinsame Abwicklungsfonds konnte langfristig betrachtet zwar nicht verhindert werden. Deutschland konnte aber eine Übergangsphase von zehn Jahren durchsetzen. Die politische Einigung auf Ratsebene dient nun als Grundlage für die Trilogverhandlungen mit dem EP und der Kommission.

Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/140190.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/140190.pdf)

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131216IPR31004/html/Single-resolution-system-for-struggling-banks-MEPs-adopt-negotiating-position>

## **TRILOGEINIGUNG ZUR EINLAGENSICHERUNGSRICHTLINIE**

Rat, Kommission und EP haben am 17.12.2013 eine politische Einigung über die Änderung der Einlagensicherungsrichtlinie erzielt. Damit steht nach langen Verhandlungen ein weiteres wesentliches Element der Bankenunion. Einlagen bleiben bis zu 100.000 € geschützt. Als Zielausstattung für einen Einlagensicherungsfonds hat man sich auf 0,8 % der gedeckten Einlagen geeinigt. Vor den Verhandlungen hatten sich der Rat für 0,5 % und das EP für 1,5 % ausgesprochen. Die Richtlinie muss auf technischer Ebene finalisiert und anschließend vom Rat und vom EP angenommen werden

Pressemitteilung von MdEP *Simon*:

<http://www.simon2009.de/index.php?nr=74237&menu=1>

Pressemitteilung von MdEP *Ferber*:

[http://www.markus-ferber.de/verschiedenes/presse-aktuell-single-view/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=2017&cHash=7fc4971bc0f9d4deb81f15d27e41e431](http://www.markus-ferber.de/verschiedenes/presse-aktuell-single-view/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=2017&cHash=7fc4971bc0f9d4deb81f15d27e41e431)

## **RAT ERREICHT ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZU RICHTLINIE ÜBER BASISKONTO**

Der Rat hat am 20.12.2013 durch auf Botschafterebene (AStV) eine allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie über die Transparenz und die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen erreicht. Das EP hatte



seine Position bereits am 12.12.2013 festgelegt (EB 21/13), so dass die Trilogverhandlungen nun beginnen können. Nach dem Willen des Rates sollen die Mitgliedstaaten die Wahl haben, ob sie auf ihrem Territorium einen oder mehrere Zahlungsdienstleister verpflichten, Konten mit grundlegenden Funktionen (insb. Barabhebungen und Zahlungsvorgänge) anzubieten. Das EP hat demgegenüber vorgesehen, alle Anbieter zu verpflichten. Das Konto muss nach dem beschlossenen Text des Rates nicht notwendigerweise kostenfrei sein, die Kosten dürfen aber nicht ungebührlich hoch sein (s. dazu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ecofin/140274.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/140274.pdf)

## **TRILOGEINIGUNG ZUR REGULIERUNG VON ZENTRALVERWAHRERN BEI WERTPAPIERGESCHÄFTEN**

Rat und EP haben mit der Kommission am 18.12.2013 eine vorläufige Trilogeinigung zur Verordnung zur Regulierung der Tätigkeit von Wertpapierzentralverwahrern (CSD: Central Securities Depositories) für die Abwicklung von Wertpapiergeschäften erzielt. Nun müssen noch technische Details geklärt werden, bevor der endgültige Text vorliegt und von EP und Rat gebilligt werden kann. Die Verordnung betrifft die Abwicklung von Wertpapiergeschäften, während Handel und Clearing durch andere Rechtsakte (MiFID bzw. EMIR) geregelt werden. Die Wertpapierabwicklung, die dem eigentlichen Geschäft nachfolgt, soll gerade bei grenzüberschreitenden Transaktionen sicherer, effizienter und schneller werden. Das Risiko eines Scheiterns der Abwicklung soll sinken (s. dazu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Memo der Kommission zur Trilogeinigung (nur in englischer Sprache):

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/13/1185&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

## **STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE**

---

### **EUROPÄISCHER RAT VOM 19./20.12.2013: ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWI**

Der ER hat sich bei seiner Tagung am 19./20.12.2013 noch nicht auf die Einführung vertraglicher Vereinbarungen über die Umsetzung von Strukturreformen einigen können. Vielmehr sollen der Präsident des ER, *Van Rompuy*, und Kommissionspräsident *Barroso* unter enger Einbindung der Mitgliedstaaten bis Oktober 2014 lediglich einen Bericht zu einem „System einvernehmlicher vertraglicher Vereinbarungen und damit verbundener Solidaritätsmechanismen“ vorlegen. Ob das Instrument daraufhin wirklich beschlossen wird, erscheint nach dem ER-Abschlusstext offen. Weiteres Thema war die Gemeinsame Sicherheits- und





Verteidigungspolitik einschließlich der industriepolitischen Komponente. Die Staats- und Regierungschefs sehen für eine weltweite sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Europas eine stärker integrierte und wettbewerbsfähigere Europäische Technologie- und Industriebasis für die Verteidigung (EDITB) als notwendig an. Der ER begrüßt in diesem Zusammenhang die z. T. bereits beschlossene Entwicklung technischer militärischer Fähigkeiten und bekennt sich zu einer stärkeren Integration des Industriesektors etwa durch Maßnahmen der Beschaffungsplanung und der technischen Normung.

Schlussfolgerungen des ER:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/ec/140268.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/140268.pdf)

### **GRIECHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWI**

Zum 01.01.2014 übernahm Griechenland von Litauen die EU-Ratspräsidentschaft. Gesetzgeberisch will die Griechenland im Wesentlichen offene Gesetzgebungsdossiers mit Einigungsaussicht zu Ende bringen. Politisch liegt der erkennbare Schwerpunkt auf europäischen Strategien und Instrumenten der Wachstumsförderung, etwa die Durchführung des Europäischen Semesters 2014, die Umsetzung des Paktes für Wachstum und Beschäftigung aus dem Jahr 2012, eine Kapitalerhöhung des Europäischen Investitionsfonds (EIF) oder intensive Diskussionen um die Langfristfinanzierung der Wirtschaft (für einen Gesamtüberblick s. Beitrag im Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“, zum Bereich Medien und IKT s. Beitrag im Geschäftsbereich Rundfunkpolitik, beide in diesem EB).

Programm der Präsidentschaft (in englischer Sprache):

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)

### **WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE**

#### **TRILOGEINIGUNG ZUR EINLAGENSICHERUNGSRICHTLINIE**

Rat, Kommission und EP haben am 17.12.2013 eine politische Einigung über die Änderung der Einlagensicherungsrichtlinie erzielt. Damit steht nach langen Verhandlungen ein weiteres wesentliches Element der Bankenunion. Einlagen bleiben bis zu 100.000 € geschützt. Als Zielausstattung für einen Einlagensicherungsfonds hat man sich auf 0,8 % der gedeckten Einlagen geeinigt. Vor den Verhandlungen hatten sich der Rat für 0,5 % und das EP für 1,5 % ausgesprochen. Nach Aussagen des zuständigen Berichterstatters im EP, MdEP *Simon* (SPD), bleiben nach dem Kompromisstext die bewährten Institutssicherungssysteme der Sparkassen sowie der Volks- und Raiffeisenbanken bestehen. Die Richtlinie muss auf technischer Ebene finalisiert und anschließend vom Rat und vom EP angenommen werden (s. dazu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung von MdEP *Simon*:

<http://www.simon2009.de/index.php?nr=74237&menu=1>

Pressemitteilung von MdEP *Ferber*:





[http://www.markus-ferber.de/verschiedenes/presse-aktuell-single-view/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=2017&cHash=7fc4971bc0f9d4deb81f15d27e41e431](http://www.markus-ferber.de/verschiedenes/presse-aktuell-single-view/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=2017&cHash=7fc4971bc0f9d4deb81f15d27e41e431)

## **ALLGEMEINE AUSRICHTUNG DES ECOFIN-RATES ZUM EINHEITLICHEN ABWICKLUNGSMECHANISMUS FÜR BANKEN**

In der Sondersitzung des ECOFIN-Rates am 18.12.2013 wurde eine allgemeine Ausrichtung zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken erzielt. In den Verhandlungen fand eine Annäherung an deutsche Forderungen statt. Für die Abwicklung kleinerer und nicht grenzüberschreitend tätiger Banken sollen – in Anlehnung an die Ausgestaltung der gemeinsamen Bankenaufsicht – primär die nationalen Abwicklungsbehörden zuständig bleiben. Die tragende Rolle im einheitlichen Abwicklungsmechanismus soll der Ausschuss für Einheitliche Abwicklung spielen. Die Rolle der Kommission im Abwicklungsmechanismus wurde im Vergleich zum Kommissionsvorschlag geschwächt, die des Rates gestärkt. Der gemeinsame Abwicklungsfonds konnte langfristig betrachtet zwar nicht verhindert werden. Deutschland konnte aber eine Übergangsphase von zehn Jahren durchsetzen. Die politische Einigung auf Ratsebene dient nun als Grundlage für die Trilogverhandlungen mit dem EP und der Kommission (s. dazu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/140190.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/140190.pdf)

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131216IPR31004/html/Single-resolution-system-for-struggling-banks-MEPs-adopt-negotiating-position>

## **RAT ERREICHT ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZU RICHTLINIE ÜBER BASISKONTO**

Der Rat hat am 20.12.2013 durch auf Botschafterebene (AStV) eine allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie über die Transparenz und die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen erreicht. Das EP hatte seine Position bereits am 12.12.2013 festgelegt (EB 21/13), so dass die Trilogverhandlungen nun beginnen können. Nach dem Willen des Rates sollen die Mitgliedstaaten die Wahl haben, ob sie auf ihrem Territorium einen oder mehrere Zahlungsdienstleister verpflichten, Konten mit grundlegenden Funktionen (insb. Barabhebungen und Zahlungsvorgänge) anzubieten. Das EP hat demgegenüber vorgesehen, alle Anbieter zu verpflichten. Das Konto muss nach dem beschlossenen Text des Rates nicht notwendigerweise kostenfrei sein, die Kosten dürfen aber nicht ungebührlich hoch sein.

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ecofin/140274.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/140274.pdf)



## **TRILOGEINIGUNG ZUR REGULIERUNG VON ZENTRALVERWAHRERN BEI WERTPAPIERGESCHÄFTEN**

Rat und EP haben mit der Kommission am 18.12.2013 eine vorläufige Trilogeeinigung zur Verordnung zur Regulierung der Tätigkeit von Wertpapierzentralverwahrern (CSD: Central Securities Depositories) für die Abwicklung von Wertpapiergeschäften erzielt. Nun müssen noch technische Details geklärt werden, bevor der endgültige Text vorliegt und von EP und Rat gebilligt werden kann. Die Verordnung betrifft die Abwicklung von Wertpapiergeschäften, während Handel und Clearing durch andere Rechtsakte (MiFID bzw. EMIR) geregelt werden. Die Wertpapierabwicklung, die dem eigentlichen Geschäft nachfolgt, soll gerade bei grenzüberschreitenden Transaktionen sicherer, effizienter und schneller werden. Das Risiko eines Scheiterns der Abwicklung soll sinken.

Memo der Kommission zur Trilogeeinigung (nur in englischer Sprache):

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/13/1185&format=HTML&aged=0&language=EN&quiLanguage=en>

## **TRILOGEINIGUNG ZUR REFORM DES RECHTSRAHMENS FÜR DIE ABSCHLUSSPRÜFUNG**

Rat und EP haben mit der Kommission am 17.12.2013 im Trilog eine Einigung zur Reform des Marktes der Abschlussprüfer erreicht; für den Rat hat der AStV das Ergebnis am 18.12.2013 bereits politisch gebilligt, so dass nun die formalen Abstimmungen im EP und anschließend im Rat eingeleitet werden können. Für die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse wie Banken, Versicherungsunternehmen und börsennotierten Gesellschaften wird eine verpflichtende Rotation der Prüfer nach zehn Jahren eingeführt (Kommissionsvorschlag: bereits nach sechs Jahren); die Dauer kann sich bei einer öffentlichen Ausschreibung der Abschlussprüfung durch das Unternehmen auf 20 Jahre und bei gemeinsamen Prüfungen auf 24 Jahre verlängern, sofern ein Mitgliedstaat dies vorsieht. Durch weitere Vorgaben sollen die Unabhängigkeit der Prüfer gestärkt (Vermeidung von Interessenkonflikten) und der bisher von vier Gesellschaften dominierte Markt für Abschlussprüfungen dynamischer gemacht werden.

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/intm/140170.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/140170.pdf)

## **NEUE DE-MINIMIS-VERORDNUNG IN KRAFT**

Die Kommission hat am 18.12.2013 die endgültige Fassung der neuen Verordnung über De-minimis-Beihilfen verabschiedet. Sie wurde als Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 am 24.12.2013 im Amtsblatt veröffentlicht und trat zum 01.01.2014 in Kraft. Der Schwellenwert bleibt wie bei der bisher geltenden Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 bei 200.000 € innerhalb von drei Steuerjahren pro Unternehmen (100.000 € für Unternehmen des gewerblichen Straßengüterverkehrs).



Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1293\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1293_de.htm)

Text der Verordnung im Amtsblatt (ABl. EU L 352/1 vom 24.12.2013):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:352:0001:0008:DE:PDF>

## **KONSULTATION ZU EINER NEUEN BEIHILFENRECHTLICHEN GRUPPENFREISTELLUNGS- VERORDNUNG (AGVO)**

Die Kommission hat am 18.12.2013 zu einer erneuten Konsultation über einen Entwurf für eine neue allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) eingeladen. In dieser Verordnung werden die Voraussetzungen festgelegt, unter denen eine tatbestandliche Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs. 1 AEUV ohne vorherige Anmeldung bei der Kommission vom Mitgliedstaat gewährt werden kann. Zukünftig sollen erheblich mehr Beihilfemaßnahmen als bisher von einer Freistellung profitieren können, nachdem die kürzlich geänderte Rechtsgrundlage für die AGVO die Aufnahme neuer Fallgruppen gestattet hat. Die Kommission sieht darin ein zentrales Element der laufenden Beihilfenrechtsreform, die u. a. bezweckt, dass sich die Kommission auf die Prüfung von großen und wettbewerblich besonders relevanten Fällen beschränken kann. Die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen ist der 12.02.2014.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1281\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1281_de.htm)

Webseite zur Konsultation mit Link zu den Dokumenten (Webseite in englischer Sprache, Text der Verordnung und Anhänge sind auf Deutsch verfügbar):

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013\\_consolidated\\_gber/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_consolidated_gber/index_en.html)

## **KOMMISSION NIMMT VERHALTENSKODEX ZUM PARTNERSCHAFTSPRINZIP BEI DER AUFSTELLUNG KOHÄSIONSPOLITISCHER PROGRAMME AN**

Die Kommission hat am 07.01.2014 einen delegierten Rechtsakt (Kommissionsverordnung) zum europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaften im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds angenommen. Dabei geht es um verschiedene Aspekte der Einbeziehung relevanter Akteure wie Kommunen und Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung und Durchführung von Partnerschaftsvereinbarungen zwischen Kommission und Mitgliedstaaten sowie der einzelnen Programme (etwa das bayerische operationelle Programm).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-5\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-5_de.htm)

Text der delegierten Verordnung:

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=11350&langId=de>



## **KOMMISSION NIMMT FAHRPLAN FÜR DIE VOLLENDUNG DES BINNENMARKTS FÜR DIE PAKETZUSTELLUNG AN**

Am 16.12.2013 hat die Kommission eine Mitteilung mit einem „Fahrplan für die Vollendung des Binnenmarktes für die Paketzustellung“ vorgestellt. Insbesondere bei der grenzüberschreitenden Paketzustellung gebe es Anzeichen für Marktversagen (z. B. Informationsasymmetrien), was der Entwicklung des elektronischen Handels im Wege stehe. Maßnahmen in drei Bereichen sollen auf die Schwierigkeiten für Verbraucher, Händler und Zusteller eingehen: (1) Transparenz und Informationsaustausch, (2) Verfügbarkeit, Qualität und Erschwinglichkeit von Zustelllösungen und (3) Beschwerde- und Streitbeilegungsverfahren. Neue EU-Gesetzgebung ist damit nicht verbunden, vielmehr sollen die beteiligten Interessengruppen sowie Mitgliedstaaten und ihre Regulierungsbehörden zusammenwirken, um praxismgerechte Lösungen zu erreichen.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1254\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1254_de.htm)

## **KOMMISSION STARTET ZWEI KONSULTATIONEN ZUM TOURISMUS IN EUROPA**

Die Kommission hat am 12.12.2013 zwei öffentliche Konsultationen zur Zukunft des Tourismus in Europa sowie zum Abbau von Bürokratie in diesem Sektor gestartet. Die Konsultationen laufen noch bis zum 15.03.2014.

Konsultation zur Zukunft des Tourismus in Europa (in englischer Sprache):

<http://ec.europa.eu/eusurvey/runner/2e7395a8-d740-3624-f4b2-7b9f3826546c>

Konsultation zum Bürokratieabbau im Tourismus (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/eusurvey/runner/tourism\\_regulations](http://ec.europa.eu/eusurvey/runner/tourism_regulations)

## **AUSSENWIRTSCHAFT**

### **EU BEANTRAGT WTO-KONSULTATIONEN WEGEN DISKRIMINIERENDER STEUERN IN BRASILIEN**

Die EU hat am 19.12.2013 bei der Welthandelsorganisation (WTO) die Einleitung von Konsultationen mit der Regierung Brasiliens beantragt. Mehrere Steuervorschriften seien diskriminierend für Importwaren gegenüber lokal produzierten Gütern und daher unvereinbar mit den WTO-Verpflichtungen des Landes. Seit 2011 habe dies v. a. für Steuern auf Kraftfahrzeuge gegolten, nunmehr sei eine Vielzahl von Waren betroffen (u. a. Computer, Smartphones, Halbleiter). Auch brasilianische Ausführer würden durch Steuervorteile begünstigt.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1272\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1272_de.htm)



## **BESCHWERDEN BEI DER WTO GEGEN DIE EU DURCH RUSSLAND (BETREFFEND IMPORTSTEUERN WEGEN NIEDRIGER RUSSISCHER ENERGIEPREISE) UND ARGENTINIEN (BETREFFEND BIODIESEL)**

Russland hat am 06.01.2014 gegen die EU bei der Welthandelsorganisation (WTO) die Einleitung von Konsultationen mit der EU beantragt. Es moniert Importsteuern gegen eine Reihe russischer Unternehmen als Verstoß gegen WTO-Recht, die als Antidumping-Maßnahme in Branchen wie der Stahl- und der Düngemittelindustrie die niedrigeren russischen Energiekosten ausgleichen sollen. Bereits am 19.12.2013 hatte Argentinien bei der WTO ebenfalls die Einleitung von Konsultationen mit der EU beantragt, im Hinblick auf europäische Antidumping-Maßnahmen gegen Biodiesel aus Argentinien.

Pressemitteilung der WTO zur Beschwerde der Russischen Föderation (in englischer Sprache):

[http://www.wto.org/english/news\\_e/news14\\_e/ds474rfc\\_06jan14\\_e.htm](http://www.wto.org/english/news_e/news14_e/ds474rfc_06jan14_e.htm)

Pressemitteilung der WTO zur Beschwerde Argentiniens (in englischer Sprache):

[http://www.wto.org/english/news\\_e/news13\\_e/ds473rfc\\_20dec13\\_e.htm](http://www.wto.org/english/news_e/news13_e/ds473rfc_20dec13_e.htm)

### **MEDIEN**

#### **TRILOGEINIGUNG ZUR FUNKANLAGENRICHTLINIE: EINHEITLICHES LADEGERÄT KOMMT**

EP und Rat haben sich am 19.12.2013 im Trilog mit der Kommission auf die Reform der Richtlinie über Funkanlagen geeinigt. Der Kompromisstext sieht u. a. ein einheitliches Ladegerät für Mobilgeräte wie beispielsweise Smartphones und Tablets vor. Außerdem sollen die Bestimmungen die gegenseitige Beeinflussung von Mobiltelefonen und anderen Funkanlagen vermeiden. Berichterstatterin MdEP *Barbara Weiler* (S&D/DEU) sieht in dem Paket eine hervorragende Balance zwischen den Zielen Verbraucherschutz, Bürokratievermeidung und Effizienz der Marktüberwachung. Nun wird erst der IMCO-Ausschuss des EP über das Dossier abstimmen, bevor die Richtlinie voraussichtlich im März 2014 im Plenum des EP und dann im Rat angenommen werden kann.

Pressemitteilung des EP (auf englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131219IPR31414/pdf>

#### **HIGH LEVEL GROUP ZUR ZUKÜNFTIGEN NUTZUNG DES UHF-BANDES EINGESETZT**

Am 13.01.2014 nimmt die von der Kommissionsvizepräsidentin *Neelie Kroes* (Digitale Agenda) im Februar 2013 angekündigte und Ende vergangenen Jahres eingesetzte High Level Group (HLG) zur Entwicklung einer politischen Strategie für die künftige Nutzung des UHF-Bandes (470-790 MHz) ihre Arbeit auf. Vorsitzender der aus europäischen Rundfunkveranstaltern (Mediaset/ITA, ARD/DEU, MTV Media/FIN, BBC/GBR), Netzbetreibern (TDF/FRA, Albertis Telecom/ESP, OiV-Croatia/HRK), Mobilfunkanbietern (Vodafone/GBR, Telefonica/ESP, Deutsche Telekom/DEU, Orange/FRA, Teliasonera/SWE, KPN/NLD) und Verbänden (GSMA, BNE, EBU, Digital Europe, CMFE, APWPT) bestehenden Gruppe ist der ehemalige



Außenhandelskommissar *Pascal Lamy* (PS/FRA). Bis zum 19.06.2014 sind vier Arbeitstreffen geplant (s. Beitrag im Geschäftsbereich Rundfunkpolitik in diesem EB).

Webseite der Kommission mit Informationen zur High Level Group (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=2996&news=1&abo\\_groups=1&month=01&year=2014](http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=2996&news=1&abo_groups=1&month=01&year=2014)

### **STUDIE: KREATIVWIRTSCHAFT ENTGEHEN BANKDARLEHEN IN MILLIARDENHÖHE**

Eine am 07.01.2014 veröffentlichte, von der Kommission in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Banken Unternehmen der Kreativwirtschaft trotz einer soliden Geschäftsstrategie und guten Risikoprofils auf Grund unzureichender Sicherheiten Darlehen in Milliardenhöhe verweigern. In den nächsten sieben Jahren könnte diese Finanzierungslücke laut der Studie ein Volumen von 13,4 Mrd. € erreichen und würde so zu einem signifikanten Wachstumshemmnis in dieser an sich wachstumsintensiven Branche werden, die bis zu 4,4 % des BIP der EU beitrage.

Text der Studie (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/culture/key-documents/documents/access-to-finance-culture-and-creative-sector\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/culture/key-documents/documents/access-to-finance-culture-and-creative-sector_en.pdf)

## **ENERGIE**

### **ERÖFFNUNG DES BEIHILFENRECHTLICHEN HAUPTPRÜFVERFAHRENS GEGEN DEUTSCHLAND IN SACHEN EEG – URTEIL DES EUGH „VENT DE COLÈRE“**

Die Kommission hat am 18.12.2013 wie erwartet das beihilfenrechtliche Hauptprüfverfahren gegen Deutschland wegen der deutschen Bestimmungen des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) eingeleitet. Die Prüfung erfasst das EEG ab den Änderungen im Jahr 2012. Hauptstreitpunkt ist die Frage, ob das Umlagesystem des EEG tatbestandlich eine Beihilfe nach Art. 107 Abs. 1 AEUV darstellt und damit die Prüfkompetenz der Kommission zu Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Binnenmarkt nach Art. 107 Abs. 3 AEUV überhaupt eröffnet ist. Die Kommission bejaht dies. Den Fördermechanismus zu Gunsten der Erzeuger erneuerbarer Energien hält sie im Ergebnis aber für beihilfenrechtlich unbedenklich, hingegen hat sie Zweifel an der Rechtmäßigkeit (1) der Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage und (2) des Grünstromprivilegs nach § 39 EEG.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1283\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1283_de.htm)

Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mit Link zum Text des Beschlusses:

<http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=612958.html>



## **KONSULTATION ZU TEXTENTWURF FÜR UMWELT- UND ENERGIEBEIHILFENLEITLINIEN: ENERGIEPOLITISCHE TATBESTÄNDE**

Die Kommission hat am 19.12.2013 einen Vorschlag für überarbeitete Beihilfeleitlinien zur Beurteilung staatlicher Förderprojekte in den Bereichen Energie und Umweltschutz vorgestellt. Energiepolitisch sind insbesondere drei Gesichtspunkten von Interesse: (1) Förderregime für erneuerbare Energien, (2) Ausnahmen für Industrieunternehmen von Umlagen zur Finanzierung erneuerbarer Energien, und (3) Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Kapazitätssicherungsmechanismen (insb. Kapazitätsmärkten). Die Kommission möchte erreichen, dass staatliche Beihilfen für erneuerbare Energien schrittweise auf Marktprämien oder ein Zertifikatesystem umgestellt werden. Bei bereits auf dem Markt etablierten Technologien soll es zudem einen nicht-diskriminierenden Ausschreibungsprozess geben müssen. Industrieausnahmen von Umlagen für erneuerbare Energien (wie im deutschen EEG) möchte die Kommission auf solche Sektoren begrenzen, bei denen eine erhebliche Gefahr („significant risk“) einer Produktionsverlagerung aus der EU besteht, mit der Folge einer umweltpolitisch unerwünschten Emissionsverlagerung („carbon leakage“). Stellungnahmen zu diesem Textentwurf können bis zum 14.02.2014 übermittelt werden.

Pressemitteilung der Kommission mit Link zur Webseite der Konsultation; der Entwurfstext der Leitlinien ist nur auf Englisch verfügbar: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1282\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1282_de.htm)

### **TECHNOLOGIE UND INNOVATION**

## **KONSULTATION ZU NEUEM BEIHILFENRAHMEN FÜR FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND INNOVATION**

Die Kommission hat am 20.12.2013 eine Konsultation zu einem Textentwurf für neue Beihilfenleitlinien für Forschung, Entwicklung und Innovation (F&E&I) eingeleitet. Stellungnahmen sind bis zum 17.02.2014 möglich. Die Kommission verweist insbesondere auf eine Erhöhung der vorgesehenen zulässigen Förderhöchstsätze gerade bei der angewandten Forschung, um kommerzielle und technische Risiken abzufangen und Finanzierungslücken in der Abfolge der Forschungsstadien zu vermeiden. Die Leitlinien sollen für die Prüfung größerer Beihilfemaßnahmen gelten, wohingegen kleinere Maßnahmen verstärkt von der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) erfasst werden sollen, so dass für sie eine individuelle Notifizierung entfielen (zur Konsultation zu einem Textentwurf der AGVO s. eigenen Beitrag in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1300\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1300_de.htm)





## **TRILOGEINIGUNG ZUR VERORDNUNG ÜBER DAS „COPERNICUS“-PROGRAMM**

Rat und EP haben sich mit der Kommission am 18.12.2013 im Trilog auf eine Verordnung über den Aufbau des satellitengesteuerten Erdbeobachtungsprogramms „Copernicus“ (früher GMES) geeinigt. Sie gibt den Rahmen für das ab 2014 in die operationelle Phase eintretende Programm vor. Der Rat hat das Ergebnis auf Botschafterebene (AStV) am 20.12.2013 bereits mit qualifizierter Mehrheit gebilligt, allerdings gegen die Stimmen Deutschlands und Polens. Die Einigung entspricht in weiten Teilen der im Rat erst kurz zuvor gefundenen allgemeinen Ausrichtung (EB 21/13). Hauptstreitpunkt und Grund für die ablehnende Haltung der Bundesregierung war bis zuletzt die Frage der Kompetenzverteilung zwischen Kommission einerseits und der Europäischen Raumfahrtorganisation (ESA) und der Europäischen Organisation für meteorologische Satelliten (EUMETSAT) andererseits bei der Auftragsvergabe (Rolle als „contracting authority“).

Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/intm/140242.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/140242.pdf)

## **SCHWEIZ BETEILIGT SICH AN DEN EUROPÄISCHEN SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMMEN GALILEO UND EGNOS**

Am 18.12.2013 hat die Schweiz ein Kooperationsabkommen mit der EU über die Beteiligung an den europäischen Satellitennavigationssystemen Galileo und EGNOS unterzeichnet. Es umfasst eine vollumfängliche finanzielle Beteiligung an den Programmen sowie die rückwirkende Bereitstellung von 80 Mio. € für 2008 bis 2013. Die Schweiz hat als Mitglied der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) bereits an der Entwicklung von Galileo mitgewirkt.

Pressemitteilung der Kommission (mit Link zum Kooperationsabkommen):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1292\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1292_de.htm)

## **ACHT ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFTEN FÜR INDUSTRIELLE FORSCHUNG UND INNOVATION IM PROGRAMM HORIZONT 2020**

Die Kommission hat am 17.12.2013 acht vertragliche öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) mit speziell dafür geschaffenen Forschungs- und Innovationsverbänden unterzeichnet. Sie sollen im Rahmen des neuen Forschungsprogramms Horizont 2020 industrielle Forschung und Innovation fördern und die Position Europas insbesondere in den Technikfeldern Robotik, Fotonik, Hochleistungscomputer und Telekommunikation stärken. Von den insgesamt 6 Mrd. € sollen in den ersten beiden Jahren 2014 und 2015 1,45 Mrd. € zur Verfügung stehen, was bereits im kürzlich erschienenen Arbeitsprogramm von Horizont 2020 (EB 21/13) berücksichtigt wurde.

Pressemitteilung der Kommission mit weiterführenden Links zu den einzelnen vertraglichen ÖPP:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1261\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1261_de.htm?locale=en)





## SONSTIGES

### **JURI-AUSSCHUSS VERABSCHIEDET BERICHT ZUR NICHTFINANZIELLEN BERICHTERSTATTUNG VON UNTERNEHMEN**

Der am 17.12.2013 vom JURI-Ausschuss des EP verabschiedete Legislativbericht zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen bestätigt die von der Kommission vorgesehene Pflicht für Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern zu nichtfinanziellen Informationen über Umwelt-, Sozial-, Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie Bekämpfung von Korruption und Bestechung. Große börsennotierte Unternehmen trifft nach dem Bericht wie von der Kommission vorgeschlagen die Pflicht zu Informationen über ihre „diversity policy“ (Diversitätsstrategie). Das betrifft Aussagen zu den Bereichen Alter, Geschlecht, geographische Vielfalt, Behinderung, Bildungs- und Berufshintergrund. In beiden Fällen ist eine Pflicht zur Erklärung vorgesehen, falls das Unternehmen über keine Strategie verfügt. Für kleine und mittlere Unternehmen gelten diese Pflichten nach dem Ausschussbericht nicht (s. dazu Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung des JURI-Ausschusses:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20131216IPR31032%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=EN>

### **TRILOGEINIGUNG ZUR TABAKPRODUKTERICHTLINIE**

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) billigte am 18.12.2013 den zwischen EP, Kommission und der litauischen Ratspräsidentschaft ausgehandelten Kompromiss zur Tabakprodukterichtlinie. Ziel der neuen Vorschriften ist es vor allem, junge Menschen davon abzuhalten, mit dem Rauchen anzufangen. Die neuen Regeln sehen u. a. vor, dass künftig 65 % der Vorder- und Rückseite von Zigarettenpackungen mit Warnhinweisen und Schockbildern versehen sind (s. Beitrag des StMGP in diesem EB).

### **TRILOGEINIGUNG ZUR RICHTLINIE ÜBER STRAFRECHTLICHE SANKTIONEN BEI MARKTMISSBRAUCH**

Der Rat hat auf Botschafferebene (AStV) am 20.12.2013 einen zuvor im Trilog mit EP und Kommission gefundenen Kompromiss zur der Richtlinie über strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation politisch gebilligt. Die Richtlinie definiert europaweit einheitlich verschiedene Missbrauchstatbestände und gibt einen Rahmen für die einheitliche strafrechtliche Sanktionierung sowie für Fragen der Gerichtsbarkeit vor. Eine Behandlung des Textes im EP wird in der Plenarsitzung im Februar erwartet; der federführende ECON-Ausschuss des EP hat am 09.01.2014 seine Zustimmung bereits erteilt (s. dazu Beitrag des StMJ in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission zur Trilogeeinigung:



[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1299\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1299_de.htm?locale=en)

### **EINZIGE PRÜFUNG („SINGLE AUDIT“) BEI DER VERWALTUNG VON STRUKTURFONDSMITTELN: BESTANDSAUFNAHME DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFS**

Am 16.12.2013 hat der Europäische Rechnungshof (EuRH) einen Bericht zum System des „single audit“ in der Zusammenarbeit zwischen Kommission und den Prüfbehörden der Mitgliedstaaten bei der Kontrolle von Ausgaben aus Strukturfonds veröffentlicht. Nach Art. 73 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 kann die Kommission auf eigene Ausgabenprüfungen verzichten und auf die Angaben nationaler Prüfstellen vertrauen, wenn sie das Prüfsystem in einem Operationellen Programm als entsprechend vertrauenswürdig einschätzt; dies vermeidet Doppelprüfungen und reduziert Kosten und Bürokratie. Der EuRH konstatiert im Untersuchungszeitraum 2010 bis 2012 erhebliche Fortschritte bei der Anwendung des Systems, sieht jedoch auch Risiken und Herausforderungen.

Pressemitteilung des EuRH (nur in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_ECA-13-47\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_ECA-13-47_en.htm)

Vollständiger Bericht des EuRH (nur in englischer Sprache):

[http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR13\\_16/SR13\\_16\\_EN.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR13_16/SR13_16_EN.pdf)

### **KOMMISSION ERÖFFNET UNTERSUCHUNG ZUR ÜBERNAHME VON E-PLUS DURCH TELEFONICA DEUTSCHLAND**

Die Kommission hat am 20.12.2013 eine eingehende Untersuchung der am 31.10.2013 beantragten (EB 19/13) Übernahme der E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG durch Telefónica Deutschland Holding AG (Deutschlands kleinstem Mobilfunkanbieter, bekannt unter dem Namen O2) eingeleitet. Bis spätestens zum 14.05.2014 hat die Kommission darüber zu entscheiden, ob die Bedenken gerechtfertigt sind (s. Beitrag im Geschäftsbereich „Rundfunkpolitik“ in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1304\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1304_de.pdf)

### **KOMMISSION GENEHMIGT ÜBERNAHME DES SZ TOWER BÜROGEBÄUDES IN MÜNCHEN DURCH AXA UND NORGES BANK**

Die Kommission hat am 16.12.2013 der gemeinsamen Übernahme des SZ Tower-Bürogebäudes in München durch die französische AXA S.A. und die norwegische Norges Bank im vereinfachten Verfahren der EU-Fusionskontrolle zugestimmt.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEX-13-1216\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-13-1216_en.htm)



## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

---

### GRIECHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMELF

Im Bereich Landwirtschaft hat die griechische Präsidentschaft den Abschluss des GAP-Rechtsrahmens über die delegierten Rechtsakte und eine reibungslose Umstellung auf die GAP bis 2020 als Priorität festgelegt. Fortgesetzt werden sollen die Arbeiten zum Legislativpaket zur Tier- und Pflanzengesundheit. Zu den Legislativvorschlägen zur Absatzförderungs politik plant die Präsidentschaft, bis zum Mairat eine allgemeine Ausrichtung zu erreichen. Für März ist der Beginn der Beratungen zu den bis dahin erwarteten Legislativvorschlägen zur Reform der Ökoverordnung (834/2007) vorgesehen. Beraten werden soll auch über die erwartete Analyse der Kommission zu den Ergebnissen der Milchkonferenz am 24.09.2013 und einen Bericht der Kommission zur Umsetzung des Milchpakets, der bis Juni 2014 vorzulegen ist. Die ins Stocken geratenen Verhandlungen zur Anbauzulassung neuer GV-Pflanzen sollen nicht wieder eröffnet werden, forciert wird allerdings eine schriftliche Abstimmung unter den Mitgliedstaaten über die Zulassung des Biotech-Mais 1507. Herausstellen will die griechische Präsidentschaft die Vielfalt der EU-Landwirtschaft als internationalen Wettbewerbsvorteil und zusätzlichen Nutzen (Thema des Informellen Agrarrats am 04./05.05.2014 in Athen). Beim ersten Agrarrat unter griechischer Präsidentschaft am 17./18.02.2014 in Brüssel wird die Kommission über die Revision des Schulobstprogramms informieren.

Programm der griechischen Ratspräsidentschaft:

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)

### ERGEBNISSE DES RATES FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI AM 16./17.12.2013 IN BRÜSSEL

Bei der Tagung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei am 16./17.12.2013 nahm der Rat die Rechtstexte der GAP-Reform und die Übergangsregelungen für 2014 ohne Aussprache endgültig an. Am 20.12.2013 wurden die Texte im Amtsblatt der EU veröffentlicht und damit rechtlich gültig. Deutschland und andere Mitgliedstaaten baten die Kommission, über die Überarbeitung des Luftqualitätspakets (u. a. zur Minderung der Ammoniakemissionen, s. Beitrag in diesem EB) auch im Agrarrat regelmäßig zu berichten. Agrarkommissar *Cioloş* präsentierte die Legislativvorschläge zur Absatzförderung für Agrarprodukte (EB 20/13), die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft des Milchmarktes am 24.09.2013 in Brüssel (EB 21/13 und angefügter Link zum Bericht) und die Ergebnisse der Konsultation zum ökologischen Landbau (15.01. - 10.04.2013, EB 07/13). Er berichtete über die Frage der Kennzeichnungsregelung für die lokale Landwirtschaft und den Direktverkauf (EB 21/13). Italien und einige andere Mitgliedstaaten kritisierten das System zur freiwilligen Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln im Vereinigten Königreich. Die litauische Ratspräsidentschaft erläuterte den Stand des Gesetzgebungsverfahrens beim Paket zur Tier- und Pflanzengesundheit. Gesundheitskommissar *Borg* zeigte sich zuversichtlich, dass eine Aufhebung des seit



01.07.2013 bestehenden Importstopps für Pflanz- und Speisekartoffeln sowie Baumschulware in die Russische Föderation demnächst möglich ist.

Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/140120.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/140120.pdf)

GAP-Verordnungen:

[http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/155\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/155_en.htm)

Kommissionsbericht zur Milchkonferenz am 24.09.2013 in Brüssel:

[http://ec.europa.eu/agriculture/events/2013/milk-conference/report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/events/2013/milk-conference/report_en.pdf)

### **KOMMISSION STELLT „MASSNAHMENPAKET FÜR SAUBERE LUFT IN EUROPA" VOR**

Am 18.12.2013 hat die Kommission ein neues „Maßnahmenpaket für saubere Luft in Europa" vorgestellt. Dazu gehört u. a. die Mitteilung „Programm Saubere Luft für Europa" und eine überarbeitete Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen („National Emission Ceilings Directive" - NEC-Richtlinie) mit strengeren nationalen Emissionshöchstmengen für die sechs wichtigsten Schadstoffe, darunter auch Ammoniak (NH<sub>3</sub>). Danach sollen die NH<sub>3</sub>-Emissionen bis 2030 EU-weit um 27 % (Basisjahr 2005) sinken. Für Deutschland ist im Anhang der NEC-Richtlinie eine NH<sub>3</sub>-Emissionsminderung von 39 % vorgesehen.

Maßnahmenpaket für saubere Luft in Europa:

[http://ec.europa.eu/environment/air/clean\\_air\\_policy.htm](http://ec.europa.eu/environment/air/clean_air_policy.htm)

### **KOMMISSION: NEUE VERORDNUNG ÜBER GERINGFÜGIGE BEIHILFEN IN DER LANDWIRTSCHAFT VERABSCHIEDET**

Am 18.12.2013 hat die Kommission die neue Verordnung über geringfügige (De-minimis-) Beihilfen in der landwirtschaftlichen Primärerzeugung verabschiedet. Darin wird einerseits festgelegt, bis zu welcher Höhe staatliche Beihilfen als nicht wettbewerbsverzerrend anzusehen sind. Diese Höchstgrenze für De-minimis-Beihilfen wird danach von derzeit 7.500 €/Empfänger bzw. 0,75 % des landwirtschaftlichen Produktionswerts im Mitgliedstaat auf 15.000 €/Empfänger bzw. 1 % des Produktionswerts angehoben. Außerdem wird umfassender festgelegt, welche Arten von Beihilfen in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen. Die neue Verordnung gilt seit dem 01.01.2014.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1291\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1291_de.htm)

### **KOMMISSION FORDERT 335 MIO. € GAP-GELDER VON MITGLIEDSTAATEN ZURÜCK**

Am 12.12.2013 hat die Kommission im Rahmen des Rechnungsabschlussverfahrens 335 Mio. € EU-Agrargelder aufgrund einer fehlerhaften Verwendung wieder von den Mitgliedstaaten zurückgefordert. Gründe



sind Mängel bei den Kontrollverfahren für die Agrarausgaben oder die Nichteinhaltung von EU-Regelungen. Da ein Teil der Mittel bereits im Vorhinein wieder eingezogen wurde, beträgt die zurückzuzahlende Summe insgesamt noch 304 Mio. €. Von den Rückforderungen betroffen sind insgesamt 15 Mitgliedstaaten, wobei die größten Summen auf Frankreich (141, Mio. €), Griechenland (101 Mio. €) und die Niederlande (24,3 Mio. €) entfallen. Von Deutschland werden wegen Fehlern im Bereich Flächenbeihilfen, verspäteter Zahlungen sowie einer Berichtigung aus dem Rechnungsabschlussverfahren 2009 insgesamt 0,3 Mio. € wieder eingezogen.

Weitere Informationen:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1242\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1242_de.htm)

### **KOMMISSION LEGT JAHRESBERICHT ZUR LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG VOR**

Am 17.12.2013 hat die Kommission ihren Bericht zu den Maßnahmen der ländlichen Entwicklung für den Zeitraum 2007 - 2013 vorgelegt. Demnach ist die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 2007 und 2010 um 12 % zurückgegangen. Die Durchschnittsgröße der Betriebe ist auf 14,3 ha (im Vergleich zu 12,7 ha in 2007) angestiegen, gleichzeitig sind die meisten Betriebe (70 %) in der EU jedoch weniger als 5 ha groß. Die Vollzeitbeschäftigung in der Landwirtschaft ist im gleichen Zeitraum um 16, % gesunken.

Link zum vollständigen Bericht:

[http://ec.europa.eu/agriculture/statistics/rural-development/2013/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/statistics/rural-development/2013/index_en.htm)

### **EUROSTAT VERÖFFENTLICHT SCHÄTZUNG ZUM LANDWIRTSCHAFTLICHEN EINKOMMEN 2013**

Eurostat, das statistische Amt der EU, hat am 13.12.2013 in einer Pressemitteilung erste Schätzungen zum landwirtschaftlichen Realeinkommen je Arbeitskraft für 2013 veröffentlicht. Es sei in den EU-28 nach einem Anstieg um 0,3 % im Vorjahr um 1,3 % gesunken. Der Rückgang ergibt sich aus einem verminderten landwirtschaftlichen Realeinkommen (-2,1 %) bei gleichzeitiger Abnahme des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (-0,9 %). Im Zeitraum 2005 - 2013 ist das landwirtschaftliche Realeinkommen jedoch insgesamt um 29,2 % gestiegen, der Arbeitseinsatz um 20,8 % gesunken.

Weitere Informationen in der Pressemitteilung von Eurostat:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-13-193\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-193_de.htm)

### **KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE ÜBER DAS KLONEN VON TIEREN UND ZU NEUARTIGEN LEBENSMITTELN VOR**

Die Kommission hat am 18.12.2013 Entwürfe für zwei Rechtsakte über das Klonen von Tieren und einen Rechtsakt über neuartige Lebensmittel angenommen. Der erste Richtlinienentwurf verbietet den Einsatz von Klontechnik bei landwirtschaftlichen Nutztieren sowie das Inverkehrbringen lebender Klontiere und Klonembryonen. Mit dem zweiten Richtlinienentwurf wird sichergestellt, dass Lebensmittel von Klontieren, wie



z. B. Milch und Fleisch, nicht in der EU in Verkehr gebracht werden. Mit dem Verordnungsentwurf über neuartige Lebensmittel wird die derzeitige Verordnung (EG) Nr. 258/97 überarbeitet. Ziel ist es, neuen und innovativen Lebensmitteln den Zugang zum EU-Markt zu erleichtern und ein hohes Maß an Verbraucherschutz zu gewährleisten (s. Beitrag des StMUV in diesem EB).

Richtlinienentwürfe der Kommission zum Klonen von Tieren:

[http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/proposal\\_2013-893\\_app\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/proposal_2013-893_app_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/proposal\\_2013-0433-cod\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/proposal_2013-0433-cod_de.pdf)

Verordnungsentwurf der Kommission zu neuartigen Lebensmitteln:

[http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/novel-cloning\\_com2013-894\\_final\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/novel-cloning_com2013-894_final_de.pdf)

## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ÜBER OBLIGATORISCHE ANGABE DES URSPRUNGS VON FLEISCH**

Die Kommission hat am 17.12.2013 einen Bericht über die obligatorische Angabe des Ursprungslands oder Herkunftsorts bei Fleisch, das

als Zutat verwendet wird, veröffentlicht. In dem Bericht wird die Einstellung der Verbraucher zur obligatorischen Ursprungskennzeichnung für Fleisch als Zutat bewertet, die Machbarkeit einer solchen Maßnahme überprüft sowie die Kosten und Nutzen der Einführung solcher Maßnahmen analysiert (s. Beitrag des StMUV in diesem EB).

Bericht der Kommission:

[http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/foodlabelling/docs/com\\_2013-755\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/foodlabelling/docs/com_2013-755_de.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION**

---

### **GRIECHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Die griechische Präsidentschaft hat sich vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit in der EU in Folge der Krise ganz besonders der Förderung von Beschäftigung und insbesondere von Jugendbeschäftigung verschrieben. Außerdem erklärte sie, sich dem politischen Dialog zur sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion widmen zu wollen und sich dabei für eine stärkere Koordinierung von Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie eine Stärkung der Rolle der Sozialpartner einzusetzen. Zur Verstärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion wolle sie auch soziale Investitionen und soziale Innovation besonders betonen.



Präsidentschaftsprogramm:

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)

## **BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALPOLITISCHE ASPEKTE DES EUROPÄISCHEN RATES AM 19./20.12.2013**

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 20.12.2013 betreffen erneut auch die Beschäftigungs- und Sozialpolitik, v. a. bei den Ausführungen zur sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion, zur wirtschaftspolitischen Steuerung durch vertragliche Vereinbarungen mit Solidaritätsmechanismen, zur Jugendarbeitslosigkeit und zum Jahreswachstumsbericht 2014. Bereits in den letzten Tagen vor dem Gipfel hatte sich abgezeichnet, dass entgegen der Ankündigungen im Vorfeld weder Entscheidungen zur sozialen Dimension noch zum System der vertraglichen Vereinbarungen getroffen wurden.

Schlussfolgerungen:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ec/140245.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/140245.pdf)

## **QUALITÄTSRAHMEN FÜR DIE ANTIZIPATION VON VERÄNDERUNGEN UND UMSTRUKTURIERUNGEN**

Der am 13.12.2013 von der Kommission veröffentlichte Qualitätsrahmen enthält Leitlinien für Unternehmensumstrukturierungen, deren Zahl gerade in Zeiten der Krise hoch ist. Er soll v. a. zur Abfederung der sozialen Folgen beitragen. Die Kommission empfiehlt bewährte Verfahren zur Vorausplanung von Umstrukturierungen und zum Management konkreter Umstrukturierungsprozesse. Die Leitlinien sind nach dem Zeitpunkt, zu dem sie zu ergreifen sind, und in einzelne Datenblätter nach Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Sozialpartnern sowie nationalen und regionalen Behörden aufgeschlüsselt. Der Qualitätsrahmen knüpft an das Grünbuch „Umstrukturierung und Antizipierung von Veränderungen: Lehren aus den jüngsten Erfahrungen“ aus dem Jahr 2012 an und ist auch eine Reaktion auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15.01.2013 (sog. Cercas-Bericht).

Mitteilungstext:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=2012&furtherNews=yes>

## **JURI-AUSSCHUSS VERABSCHIEDET BERICHT ZUR NICHTFINANZIELLEN BERICHTERSTATTUNG VON UNTERNEHMEN**

Der am 17.12.2013 vom JURI-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) verabschiedete Legislativbericht zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen bestätigt die von der Kommission vorgesehene Pflicht für Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern zu nichtfinanziellen Informationen über Umwelt-, Sozial-, Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie Bekämpfung von Korruption und Bestechung. Große börsennotierte Unternehmen trifft nach dem Bericht wie von der Kommission vorgeschlagen die Pflicht zu Informationen über ihre „diversity





policy" (Diversitätsstrategie). Das betrifft Aussagen zu den Bereichen Alter, Geschlecht, geographische Vielfalt, Behinderung, Bildungs- und Berufshintergrund. In beiden Fällen ist eine Pflicht zur Erklärung vorgesehen, falls das Unternehmen über keine Strategie verfügt. Für kleine und mittlere Unternehmen gelten diese Pflichten nach dem Ausschussbericht nicht.

Pressemitteilung des JURI-Ausschusses:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20131216IPR31032%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=EN>

### **EP-ENTSCHLIESSUNGEN ZU FORTSCHRITTEN BEI DER UMSETZUNG DER NATIONALEN STRATEGIEN ZUR INTEGRATION DER ROMA UND ZU ARBEITSPLÄTZEN DURCH UMWELTPOLITIK**

In der letzten Plenumswoche des Jahres 2013 nahm das Europäische Parlament (EP) am 12.12.2013 eine Entschließung zu Fortschritten bei der Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma an. Darin verurteilte das EP die Diskriminierung und den Rassismus gegenüber Roma aufs Schärfste. Es begrüßte die Annahme der Ratsempfehlung für wirksame Maßnahmen zur Integration der Roma genauso wie die Kommissionsinitiative, ein Online-Instrument für lokale Behörden zu entwickeln, um diese bei der Anwendung der Freizügigkeitsregeln zu unterstützen. Die Abgeordneten sprachen sich gegen jegliche Versuche aus, die Freizügigkeitsrechte der Roma zu beschränken. Außerdem forderten sie die Mitgliedstaaten u. a. auf, ausreichende nationale und Strukturfondsmittel für die Integration der Roma bereitzustellen und Zugangshindernisse für Roma zum Arbeitsmarkt zu beseitigen.

Die Entschließung „Öko-Innovation – Arbeitsplätze und Wachstum durch Umweltpolitik“ vom selben Tag weist u. a. auf das große Potenzial umweltverträglicher Arbeitsplätze hin. Öko-Wirtschaftszweige stellten heute 3,4 Mio. Arbeitsplätze, das Potenzial für Beschäftigung bliebe jedoch weitgehend ungenutzt. Die Abgeordneten erklärten, dass sie die Weiterentwicklung einer EU-weit einheitlichen Definition von umweltverträglichen Arbeitsplätzen auf der Grundlage der existierenden Eurostat-Definition für notwendig erachten, um z. B. den Sektor der öffentlichen Verkehrsmittel zu erfassen. Außerdem wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, den ESF auch für Programme, die der Fortbildung und Umschulung für umweltverträgliche Arbeitsplätze dienen, zu nutzen.

Entschließung zu Fortschritten bei der Roma-Integration:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=PV&reference=20131212&secondRef=ITEM-012-16&language=DE&ring=B7-2013-0555>

Entschließung zu Arbeitsplätzen durch Umweltpolitik:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=PV&reference=20131212&secondRef=ITEM-012-04&language=DE&ring=A7-2013-0333>





## **EMPL-AUSSCHUSS BESTÄTIGT TRILOGEINIGUNG ZUM HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN**

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (EP) bestätigte am 17.12.2013 das Trilogergebnis zum Verordnungsvorschlag für einen europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen mit 30 Stimmen bei 2 Gegenstimmen. Dieser Fonds tritt mit einem Budget in Höhe von 3,5 Mrd. Euro für die Jahre 2014-2020 an die Stelle des Nahrungsmittelhilfeprogramms. Neben Nahrungsmittelunterstützung und grundlegenden materiellen Hilfen werden in Zukunft auch Maßnahmen zur sozialen Eingliederung förderfähig sein. Als nächste Schritte müssen der Rat und das Plenum des EP formal zustimmen. Die Einigung enthält Übergangsmaßnahmen, um eine Funktionsfähigkeit des Fonds ab 01.01.2014 sicherzustellen.

Pressemitteilung des EMPL:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20131216IPR31036%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>

## **EUGH-URTEIL ZUR UNMITTELBAREN DISKRIMINIERUNG EINES ARBEITNEHMERS AUFGRUND SEINER SEXUELLEN AUSRICHTUNG**

Mit Urteil vom 12.12.2013 hatte der EuGH in einem Vorabentscheidungsverfahren über die Auslegung von Art. 2 Abs. 2 der Richtlinie 2000/78/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf zu entscheiden. Im französischen Ausgangsverfahren hatte sich ein Arbeitnehmer gegen die Weigerung seines Arbeitgebers gewandt, ihm nach Abschluss eines zivilen Solidaritätspakts (Pacte civil de solidarité – „PACS“) mit einem gleichgeschlechtlichen Partner die Sonderurlaubstage und die Gehaltsprämie zu gewähren, die tarifvertraglich anlässlich einer Eheschließung vorgesehen sind. Der EuGH entschied, dass die Situation der Ehe und des PACS hinsichtlich der Gewährung dieser Vergünstigungen vergleichbar sei. Denn nach französischem Recht verpflichteten sich gleichgeschlechtliche Paare, denen zum für den Rechtsstreit maßgeblichen Zeitpunkt keine Eheschließung möglich war, durch den PACS gleichfalls, in einem genau bestimmten rechtlichen Rahmen eine Lebensgemeinschaft zu führen und sich gegenseitig materielle Unterstützung und gegenseitigen Beistand zu leisten. Folglich diskriminiere die Vorschrift des Tarifvertrags homosexuelle Arbeitnehmer, die diese Vergünstigung nach Abschluss eines PACS unmittelbar aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung nicht erhalten. Es liegen auch keine in der Richtlinie vorgesehenen Rechtfertigungsgründe vor, so dass das Unionsrecht dieser Tarifvertragsbestimmung entgegenstehe.

Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-12/cp130159de.pdf>

Urteilstext:



<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=145530&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=182954>

### **ARBEITSLOSENQUOTE DES EURORAUMS IM NOVEMBER 2013 BEI 12,1 %**

Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote des Euroraums lag im November 2013 bei 12,1 % und ist damit seit April stabil geblieben. Dies veröffentlichte die EU-Statistikbehörde Eurostat. Die Arbeitslosenquote in der EU-28 beträgt 10,9 %. In beiden Gebieten seien die Quoten im Vergleich zum November 2012 angestiegen (November 2012: 11,8 % bzw. 10,8 %). Nach Schätzungen waren in der EU-28 insgesamt 28,553 Mio. Frauen und Männer arbeitslos, davon 19,241 Mio. im Euroraum. Verglichen mit Oktober 2013 stieg die Anzahl arbeitsloser Menschen um 19.000 in der EU-28 und um 4.000 im Euroraum. Im Vergleich zu November 2012 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 278.000 in der EU-28 und um 452.000 im Euroraum zu.

Pressemitteilung:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-08012014-BP/DE/3-08012014-BP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-08012014-BP/DE/3-08012014-BP-DE.PDF)

### **AKTUELLE ERWERBSTÄTIGKEITSAHLEN IN DER EU**

Laut Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, lag die saisonbereinigte Erwerbstätigkeit in der EU insgesamt und im Euroraum im dritten Quartal 2013 stabil gegenüber dem zweiten Quartal 2013 und fiel um 0,3 % bzw. 0,8 % gegenüber dem dritten Quartal 2012. Schätzungen zufolge waren im dritten Quartal 2013 223,2 Mio. Männer und Frauen in der EU, davon 145,0 Mio. im Euroraum, erwerbstätig.

Pressemitteilung:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/2-13122013-AP/DE/2-13122013-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-13122013-AP/DE/2-13122013-AP-DE.PDF)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST**

---

### **EUROPÄISCHER RAT NIMMT VERTRAGLICHE VEREINBARUNGEN POTENTIELL AUCH IM BILDUNGSBEREICH IN AUSSICHT**

Die Staats- und Regierungschefs haben sich bei ihrem Gipfel am 19./20.12.2013 in Brüssel mit vertraglichen Vereinbarungen zwischen Mitgliedstaat, Kommission und Rat über die Umsetzung von Strukturreformen als möglichem weiteren Baustein zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion befasst. Obwohl eine Entscheidung über die Einführung dieses neuen Instruments auf Oktober 2014 vertagt wurde, halten die Schlussfolgerungen bereits mögliche Eckpunkte der vertraglichen Vereinbarungen fest. Allgemeine und berufliche Bildung sowie Forschung und Innovation werden ausdrücklich als Bereiche genannt, auf die sich die vertraglichen Vereinbarungen beziehen könnten.



Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 20.12.2013:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/ec/140268.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/140268.pdf)

### **GRIECHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMBW**

Die Prioritäten der griechischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2014 sind politikfeldübergreifend wirtschaftlichen Aspekten und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts untergeordnet. Diese Schwerpunktsetzung ist auch in den Bereichen Bildung, Forschung und Kultur deutlich spürbar. So zielt die Präsidentschaft, die in ihren Handlungsmöglichkeiten allerdings aufgrund der bevorstehenden Europawahlen eingeschränkt ist, in der Forschungspolitik auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ab und betont in der Kulturpolitik den Wert kulturellen Erbes, nicht zuletzt im Hinblick auf dessen touristische Nutzung. Im Bildungsbereich steht der Beitrag einer an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichteten allgemeinen und beruflichen Bildung für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigungsfähigkeit im Zentrum.

Link zum Arbeitsprogramm der griechischen Ratspräsidentschaft:

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)

### **KONSULTATIONEN ZU NEUEM BEIHILFENRAHMEN FÜR FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND INNOVATION UND ZUR ALLGEMEINEN GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNG (AGVO)**

Die Kommission hat kurz vor dem Jahreswechsel zwei öffentliche Konsultationen zur Überarbeitung des Beihilfenrechts gestartet (s. Beiträge des StMWi in diesem EB). Am 18.12.2013 hat die Kommission eine erneute Konsultation über einen Entwurf für eine neue Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) eingeleitet, die bis zum 12.02.2014 geöffnet ist. Am 20.12.2013 wurde zudem eine Konsultation zu einem Textentwurf für neue Beihilfenleitlinien für Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEul) eingeleitet. Stellungnahmen hierzu sind bis zum 17.02.2014 möglich.

Konsultation zur AGVO:

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013\\_consolidated\\_gber/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_consolidated_gber/index_en.html)

Konsultation zum künftigen FuEul-Rahmen:

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013\\_state\\_aid\\_rdi/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_state_aid_rdi/index_en.html)

### **TROTZ GUTER BEWERTUNG SIEHT KOMMISSION VERBESSERUNGSBEDARF BEI DER UMSETZUNG DES EUROPÄISCHEN QUALIFIKATIONSRAHMENS**

Am 19.12.2013 hat die Kommission eine Bewertung über die Umsetzung der Empfehlung über die Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (EQR) vorgelegt und Schlussfolgerungen für die weitere Ausgestaltung des Prozesses formuliert. Demnach ist die insgesamt positiv bewertete Umsetzung des EQR zu beschleunigen. Zudem sind aus Kommissionssicht einige wichtige Einzelaspekte zu überprüfen und ggf. anzupassen, um die Kohärenz des Gesamtsystems zu verbessern.



Dies betrifft v. a. Einzelfragen der Kopplung der nationalen Qualifikationssysteme bzw. der Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) an den EQR. Die Kommission betont, dass die Referenzierung derselben als kontinuierlicher Prozess betrachtet werden muss, der einer regelmäßigen Überprüfung bedarf. Die Mitgliedstaaten müssten zudem sicherstellen, dass künftig alle neuen Qualifikationsbescheinigungen und Diplome einen Verweis auf das jeweilige EQR-Niveau enthalten. In die NQR sollten im Rahmen eines konsequent lernergebnisorientierten Ansatzes auch außerhalb formaler Bildungssysteme erworbene Kompetenzen und Qualifikationen aufgenommen werden, insbesondere auch aus Online-Lernangeboten. Schließlich seien die Synergien zwischen dem EQR und weiteren existierenden europäischen Instrumenten für die Transparenz und die Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen zu verbessern. Hierzu soll ein „Europäischer Raum der Kompetenzen und Qualifikationen“ geschaffen werden, zu dessen Vorbereitung die Kommission am 17.12.2013 eine öffentliche Konsultation gestartet hat, die bis zum 15.04.2014 läuft. Auf der Grundlage der Konsultationsergebnisse und einer Folgenabschätzung kann die Kommission erwägen, eine Überarbeitung der derzeitigen Rechtsgrundlage für den EQR vorzuschlagen.

Bericht der Kommission „Bewertung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (EQR“) vom 19.12.2013:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0897:FIN:DE:PDF>

Link zur öffentlichen Konsultation:

[http://ec.europa.eu/dgs/education\\_culture/consult/skills-and-qualifications\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/consult/skills-and-qualifications_en.htm)

## **KOMMISSION SPRICHT SICH IN IHRER ZWEITEN BEWERTUNG DES „EUROPASS“ FÜR DESSEN STÄRKUNG AUS**

In ihrem zweiten Bericht zur Bewertung der Europass-Initiative hebt die Kommission die Bedeutung des Europass als wichtiges Instrument für die Förderung von Mobilität und die Vergleichbarkeit von Fähigkeiten auch in der Zukunft hervor. Zugleich benennt der Bericht infolge der insgesamt positiven Evaluation der Initiative einige konkrete Verbesserungsmöglichkeiten. So schlägt die Kommission eine stärkere Rationalisierung der verschiedenen existierenden Europass-Dokumente vor. Zudem müssten diese flexibler und nutzerfreundlicher ausgestaltet werden, auch durch Nutzung moderner Technologien, um den Bedürfnissen der Nutzer besser gerecht werden zu können und bislang unterrepräsentierte Zielgruppen – insbesondere Geringqualifizierte und Arbeitslose – stärker anzusprechen. Schließlich müsse der Europass besser eingebunden werden in bestehende europäische Transparenz- und Anerkennungsinitiativen, auch mit Blick auf den künftigen „Europäischen Raum der Qualifikationen und Kompetenzen“. Die Kommission kündigt an, infolge der am 17.12.2013 gestarteten öffentlichen Konsultation zu dieser Kommissionsinitiative (s. Bericht zur EQR-Bewertung in diesem EB) und auf der Grundlage einer Folgenabschätzung möglicherweise einen Vorschlag für die Überarbeitung der derzeitigen Rechtsgrundlage des Europass aus dem Jahr 2004 zu unterbreiten.



Bericht der Kommission „Bewertung der Europass-Initiative“ vom 18.12.2013:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0899:FIN:DE:PDF>

### **PROF. JEAN-PIERRE BOURGUIGNON NEUER PRÄSIDENT DES ERC**

Der französische Mathematikprofessor *Jean-Pierre Bourguignon* ist seit dem 01.01.2014 neuer Präsident des Europäischen Forschungsrates (European Research Council, ERC). Forschungskommissarin *Maire Geoghegan-Quinn* ernannte *Bourguignon* zunächst für die kommenden vier Jahre. Der Ernennung ging ein einjähriges Auswahlverfahren durch ein unabhängiges Findungskomitee voraus. *Bourguignon* wird das Amt des ERC-Präsidenten erstmals als hauptamtliche Tätigkeit mit einem festen Amtssitz in Brüssel ausfüllen.

Pressemitteilung der Kommission

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1260\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1260_de.htm)

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN FÜR DAS NEUE FÖRDERPROGRAMM „ERASMUS+“**

Bereits am 12.12.2013 hat die Kommission im Vorgriff auf das Inkrafttreten der einschlägigen Rechtsgrundlage eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das neue EU-Programm „Erasmus+“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport veröffentlicht. Diese Aufforderung gilt vorbehaltlich des – zwischenzeitlich erfolgten – vollständigen Abschlusses des Gesetzgebungsverfahrens. U. a. können alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, die im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung tätig sind, Förderanträge im Rahmen der Leitaktionen „Lernmobilität von Einzelpersonen“ (Einreichungsfrist: 17.03.2014), „Zusammenarbeit zur Förderung von Innovation und zum Austausch von bewährten Verfahren“ (Einreichungsfrist: 30.04.2014 bzw. 03.04.2014) und „Unterstützung politischer Reformen“ stellen. Darüber hinaus können im Rahmen des Teilprogramms „Jean Monnet“ (Einreichungsfrist: 26.03.2014) und im Sportbereich Förderanträge gestellt werden. Im Jahr 2014 stehen für das Gesamtprogramm rund 1.507,3 Mio. € zur Verfügung, darunter gut 1,3 Mio. € für die allgemeine und berufliche Bildung. Das Programm steht den 28 EU-Mitgliedstaaten, den EFTA-Ländern, den Kandidatenländern Türkei und Mazedonien sowie der Schweiz offen. Für nähere Informationen zur Antragstellung – insbesondere Einzelfristen, Teilnahmemodalitäten und Vergabekriterien – verweist die Aufforderung auf den Programmleitfaden „Erasmus+“.

Webseite „Erasmus+“ mit weiterführenden Links zur Aufforderung für die Einreichung von Vorschlägen sowie zum Programmleitfaden:

[http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/index_en.htm)

Link zur Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des EP und des Rates vom 11.12.2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:347:0050:0073:DE:PDF>



## **OPEN DATA: KOMMISSION STARTET PILOTPROJEKT ZUR OFFENEN NUTZUNG VON UNTER „HORIZONT 2020“ ERZEUGTEN FORSCHUNGSDATEN**

Am 16.12.2013 hat die Kommission ein Pilotprojekt für offene Forschungsdaten gestartet, das im Rahmen von „Horizont 2020“ durchgeführt wird. Es soll dazu beitragen, dass Rohdaten, die durch die Arbeit der Forscher in vielen von der EU geförderten Projekten entstehen, frei zugänglich gemacht werden. Forscher, die sich an dem Pilotprojekt beteiligen, werden dazu aufgefordert, die Grunddaten, die zur Reproduktion der in wissenschaftlichen Veröffentlichungen vorgestellten Ergebnisse nötig sind, sowie sonstige wissenschaftliche Informationen aus ihren Projekten anderen Forschern, Partnern aus innovativen Industriezweigen und Bürgern zur weiteren Nutzung zur Verfügung zu stellen. Die Kommission wird das Pilotprojekt über die gesamte Laufzeit des Programms „Horizont 2020“ beobachten, um davon ausgehend eine künftige Forschungspolitik und Forschungsförderprogramme auszuarbeiten.

Leitlinien für den offenen Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Forschungsdaten im Rahmen von „Horizont 2020“ (Dezember 2013):

[http://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/grants\\_manual/hi/oa\\_pilot/h2020-hi-oa-pilot-guide\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/grants_manual/hi/oa_pilot/h2020-hi-oa-pilot-guide_en.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

---

### **RATSPRÄSIDENTSCHAFT**

#### **GRIECHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUV**

Die inzwischen fünfte Präsidentschaft Griechenlands steht ganz im Zeichen der Finanz- und Währungskrise in der EU, die insbesondere Griechenland sehr schwer getroffen hat. Die Wiederherstellung von Wohlstand, Kohäsion, Arbeitsplätze und Wachstum stehen daher im Mittelpunkt der Präsidentschaft. Ein gesonderter Schwerpunkt soll auf die Meerespolitik gesetzt werden. Darüber hinaus stehen Umwelt- und Verbraucherschutzthemen nicht in einem gesonderten Fokus.

Präsidentschaftsprogramm:

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)

#### **KOMMISSION LEGT PAKET ZUR VERBESSERUNG DER LUFTQUALITÄT IN EUROPA VOR**

Am 18.12.2013 hat die Kommission ein Paket zur Verbesserung der Luftqualität in Europa vorgelegt. Es besteht aus der Mitteilung für ein Maßnahmenprogramm „Saubere Luft für Europa“, der Revision der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen (NEC-RL) und einer Richtlinie zur Verringerung der





Verschmutzung durch mittelgroße Feuerungsanlagen (P: 1 -50 MW). Das umfangreiche Paket ist das Endergebnis der umfassenden Überprüfung der EU-Politik zur Luftqualität, die Anfang 2011 eingeleitet wurde. Die Revision der Luftqualitäts-RL bzw. die dabei beabsichtigte Verschärfung der bestehenden Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid (unter Bezug auf die WHO-Leitlinien zur Luftqualität) wurde aus dem Paket herausgenommen und wird - wenn überhaupt - frühestens 2015 unter einer neuen Kommission erfolgen.

Vorschlagsentwürfe und Hintergrundinformationen:

[http://ec.europa.eu/environment/air/clean\\_air\\_policy.htm](http://ec.europa.eu/environment/air/clean_air_policy.htm)

### **KONSULTATION ZU TEXTENTWURF FÜR UMWELT- UND ENERGIEBEIHLFELEITLINIEN**

Die Kommission hat am 19.12.2013 einen Vorschlag für überarbeitete Beihilfeleitlinien zur Beurteilung staatlicher Förderprojekte in den Bereichen Energie und Umweltschutz vorgestellt. Im Wesentlichen wird vorgeschlagen, den Geltungsbereich der bestehenden Umweltbeihilfeleitlinien auf Beihilfemaßnahmen im Energiewesen auszudehnen und gleichzeitig die Vorschriften für die beihilferechtliche Würdigung zu präzisieren und zu vereinfachen. Stellungnahmen zu dem Textentwurf können bis zum 14.02.2014 übermittelt werden (s. hierzu auch den Beitrag des StMWi in diesem EB).

Der vollständige Text des Leitlinienentwurfs ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar:

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013\\_state\\_aid\\_environment/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_state_aid_environment/index_en.html)

### **KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE ÜBER DAS KLONEN VON TIEREN UND ZU NEUARTIGEN LEBENSMITTELN VOR**

Die Kommission hat am 18.12.2013 Entwürfe für zwei Rechtsakte über das Klonen von Tieren und einen Rechtsakt über neuartige Lebensmitteln angenommen. Der erste Richtlinienentwurf verbietet den Einsatz von Klontechnik bei landwirtschaftlichen Nutztieren sowie das Inverkehrbringen lebender Klontiere und Klonembryonen. Mit dem zweiten Richtlinienentwurf wird sichergestellt, dass Lebensmittel von Klontieren, z. B. Milch und Fleisch, nicht in der EU in Verkehr gebracht werden. Mit dem Verordnungsentwurf über neuartige Lebensmittel wird die derzeitige Verordnung (EG) Nr. 258/97 überarbeitet. Ziel ist es, neuen und innovativen Lebensmitteln den Zugang zum EU-Markt zu erleichtern und ein hohes Maß an Verbraucherschutz zu gewährleisten.

Richtlinienentwürfe der Kommission zum Klonen von Tieren:

[http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/proposal\\_2013-893\\_app\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/proposal_2013-893_app_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/proposal\\_2013-0433-cod\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/proposal_2013-0433-cod_de.pdf)

Verordnungsentwurf der Kommission zu neuartigen Lebensmitteln:

[http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/novel-cloning\\_com2013-894\\_final\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/novel-cloning_com2013-894_final_de.pdf)



## LEBENSMITTELSICHERHEIT

### KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ÜBER OBLIGATORISCHE ANGABE DES URSPRUNGS VON FLEISCH

Die Kommission hat am 17.12.2013 einen Bericht über die obligatorische Angabe des Ursprungslands oder Herkunftsorts bei Fleisch, das

als Zutat verwendet wird, veröffentlicht. In dem Bericht wird die Einstellung der Verbraucher zur obligatorischen Ursprungskennzeichnung für Fleisch als Zutat bewertet, die Machbarkeit einer solchen Maßnahme überprüft sowie die Kosten und Nutzen der Einführung solcher Maßnahmen analysiert.

Bericht der Kommission:

[http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/foodlabelling/docs/com\\_2013-755\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/foodlabelling/docs/com_2013-755_de.pdf)

### EINIGUNG BEI DER TABAKPRODUKTRICHTLINIE ERZIELT

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) billigte am 18.12.2013 den zwischen EP, Kommission und der litauischen Ratspräsidentschaft ausgehandelten Kompromiss zur Tabakproduktrichtlinie. Ziel der neuen Vorschriften ist es vor allem, junge Menschen davon abzuhalten, mit dem Rauchen anzufangen.

## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

---

## RATSPRÄSIDENTSCHAFT

### GRIECHISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMGP

Griechenlands Vorsitz im Rat der Europäischen Union steht ganz im Zeichen der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Insbesondere in Ländern, die von der Krise schwer betroffen waren, stellt die Wiederherstellung von Wohlstand und die wirtschaftliche Stabilitätssicherung eine Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund stehen Gesundheits- und Pflege Themen, wie bereits unter litauischem Vorsitz, nur insofern im Zentrum des Präsidentschaftsprogramms, als dass sie nachhaltige Beiträge zum Wirtschaftswachstum liefern.

Programm der griechischen Präsidentschaft (englische Fassung):

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)





## GESUNDHEITSWESEN

### EINIGUNG BEI DEM VERORDNUNGSVORSCHLAG ÜBER KLINISCHE PRÜFUNGEN ERZIELT

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) billigte am 20.12.2013 die zwischen EP, Kommission und Ratspräsidentschaft erzielte Einigung zum Verordnungsvorschlag über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG.

### EINIGUNG BEI DER TABAKPRODUKTERICHTLINIE ERZIELT

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) billigte am 18.12.2013 den zwischen EP, Kommission und der litauischen Ratspräsidentschaft ausgehandelten Kompromiss zur Tabakprodukterichtlinie. Ziel der neuen Vorschriften ist es vor allem, junge Menschen davon abzuhalten, mit dem Rauchen anzufangen.

### KONSULTATION ZUR PATIENTENSICHERHEIT UND ZUR QUALITÄT DER GESUNDHEITSVERSORGUNG

Die Kommission hat am 05.12.2013 eine Konsultation zur Patientensicherheit und zur Qualität der Gesundheitsversorgung eröffnet. Noch bis zum 28.02.2014 sind Unternehmen und öffentliche Behörden, die im Gesundheitsbereich tätig sind, sowie alle interessierten Kreise aufgerufen, entsprechende Beiträge per Fragebogen online abzugeben. Die Konsultation soll u. a. darüber Aufschluss geben, ob die Maßnahmen, die in der Ratsempfehlung vom 09.06.2009 zur Sicherheit der Patienten unter Einschluss der Prävention und Eindämmung von therapieassoziierten Infektionen aufgeführt werden, angewendet werden und zur Verbesserung der Patientensicherheit beitragen. Die Kommission möchte 2014 einen Bericht über die bisherige Umsetzung der Empfehlung veröffentlichen.

Informationen zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/health/patient\\_safety/consultations/patient\\_safety\\_quality\\_care\\_cons2013\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/patient_safety/consultations/patient_safety_quality_care_cons2013_en.htm)

## RUNDFUNKPOLITIK

---

### GRIECHISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DER IUK- UND MEDIENPOLITIK

Das Arbeitsprogramm der griechischen Ratspräsidentschaft umfasst im Bereich Audiovisuelles folgende Schwerpunkte:



- Oberste Priorität hat der Abschluss des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von zugangskontrollierten Diensten und Zugangskontrolldiensten bis spätestens 22.04.2014 unter Berücksichtigung des EuGH-Urteils (C-137/12), das der EU die ausschließliche Kompetenz in diesem Bereich zugesprochen hat.
- In Bezug auf Art. 5 des EU-KOR Kulturabkommens ist eine Verlängerung der Erleichterung für audiovisuelle Koproduktionen geplant.
- Des Weiteren ist eine Ratsempfehlung zum europäischen Film im digitalen Zeitalter vorgesehen, sofern der Vorschlag der Kommission dafür rechtzeitig vorgelegt wird.
- Außerdem ist eine Konferenz mit den Mitgliedstaaten, Aufsichtsbehörden, Akademikern und interessierten Kreisen zum Jugendschutz im digitalen Zeitalter geplant (14. bis 15.04.2014).
- Im Rahmen der digitalen Agenda hat sich die Ratspräsidentschaft zum Ziel gesetzt, das Verfahren zur Annahme der Richtlinie über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- sowie verwandten Schutzrechten noch vor den Europawahlen im Mai 2014. Außerdem möchte Griechenland eine grundsätzliche Debatte zum Urheberrecht anstoßen, um zum einen Lösungsmöglichkeiten für eine Anpassung an die neuen Entwicklungen des Marktes und des Internets zu finden, gleichzeitig aber auch die Rechteinhaber und Autoren zu schützen sowie umfassenden Zugang der Öffentlichkeit zu Wissen und Kultur zu gewährleisten. Hierzu ist auch eine Konferenz geplant.

Im Bereich Telekommunikation stehen folgende Themen im Vordergrund:

- Zum Kommissionsvorschlag über Maßnahmen zum europäischen Binnenmarkt für Telekommunikation und zur Errichtung eines vernetzten Kontinents (TSM-Paket) ist eine gemeinsame Ausrichtung geplant.
- Des Weiteren soll nach Bekanntgabe der Konsultationsergebnisse zum Thema Freiheit und Pluralismus der Medien ein struktureller Dialog zwischen den Mitgliedstaaten angestoßen werden.
- Außerdem soll jedem EU-Bürger ein barrierefreier Zugang zu Internetseiten der öffentlichen Stellen ermöglicht werden.
- Zur Förderung der Sicherheit des Internets ist am 06./07.03.2014 eine Konferenz mit allen Interessensvertretern und Mitgliedsstaaten geplant.

Programm:

[http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme\\_teliko\\_7.1.2014\\_0.pdf](http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_7.1.2014_0.pdf)

## HIGH-LEVEL-GROUP ZUR ZUKÜNFTIGEN NUTZUNG DES UHF-BANDES EINGESETZT

Am 13.01.2014 nimmt die von der Kommissionsvizepräsidentin *Neelie Kroes* (Digitale Agenda) im Februar 2013 angekündigte und Ende vergangenen Jahres eingesetzte High-Level-Group (HLG) zur Entwicklung einer politischen Strategie für die künftige Nutzung des UHF-Bandes (470-790 MHz) ihre Arbeit auf. Vorsitzender der aus europäischen Rundfunkveranstaltern (Mediaset/ITA, ARD/DEU, MTV Media/FIN,



BBC/GBR), Netzbetreibern (TDF/FRA, Albertis Telecom/ESP, OiV-Croatia/HRK), Mobilfunkanbietern (Vodafone/GBR, Telefonica/ESP, Deutsche Telekom/DEU, Orange/FRA, Teliasonera/SWE, KPN/NLD) und Verbänden (GSMA, BNE, EBU, Digital Europe, CMFE, APWPT) bestehenden Gruppe ist der ehemalige Außenhandelskommissar *Pascal Lamy* (PS/FRA). Bis zum 19.06.2014 sind vier Arbeitstreffen geplant.

Weitere Informationen in Kürze abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=2996&news=1&abo\\_groups=1&month=01&year=2014](http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=2996&news=1&abo_groups=1&month=01&year=2014)

## **KONSULTATION ZUR FREISTELLUNGSVERORDNUNG VON BEIHILFEN FÜR AUDIOVISUELLE WERKE ERÖFFNET**

Die Kommission eröffnete am 18.12.2013 eine Konsultation zum Entwurf der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO), wonach den Mitgliedstaaten im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation Subventionen bis zu einer bestimmten Höhe ohne vorherige Genehmigung der Kommission gewährt werden können. Diese sog. „Gruppenfreistellung“ umfasst nach Art. 48 AGVO erstmals auch Förderprogramme für audiovisuelle Werke, wobei die Freistellungsverordnung der sog. „Filmmitteilung“ (EB 19/13) vorgehen soll. Dies setzt jedoch voraus, dass der von der Kommission vorgeschlagene Schwellenwert von 20 Mio. € pro Jahr (Art. 4 (1) AGVO) nicht überschritten wird.

Entwurf der AGVO abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013\\_consolidated\\_gber/gber\\_regulation\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_consolidated_gber/gber_regulation_de.pdf)

Konsultationsdokumente abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013\\_consolidated\\_gber/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_consolidated_gber/index_en.html)

## **STUDIE: KREATIVWIRTSCHAFT ENTGEHT BANKDARLEHEN IN MILLIARDENHÖHE**

Eine am 07.01.2014 veröffentlichte von der Kommission in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Unternehmen der Kreativwirtschaft trotz einer soliden Geschäftsstrategie und gutem Risikoprofil auf Grund unzureichender Sicherheiten Darlehen in Milliardenhöhe von Banken verweigert werden. In den nächsten sieben Jahren könnte diese Finanzierungslücke laut der Studie ein Volumen von 13,4 Mrd. € erreichen und würde so zu signifikanten Wachstumshemmnissen in einer überdurchschnittlich wachsenden Branche, die bis zu 4,4 % des BIP der EU beiträgt, führen. Um dem entgegenzuwirken, hat die Kommission u. a. die Bürgschaftsfazilität in das neue Förderprogramm „Kreatives Europa“ aufgenommen (EB 21/13). Damit werden ab 2016 über 120 Mio. € für kleine und mittlere Unternehmen bereitgestellt, um so das Kreditrisiko der Banken bei der Kreditvergabe der Kredite zu vermindern.

Die Studie ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/culture/key-documents/documents/access-to-finance-culture-and-creative-sector\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/culture/key-documents/documents/access-to-finance-culture-and-creative-sector_en.pdf)



## **KOMMISSION ERÖFFNET UNTERSUCHUNG ZUR ÜBERNAHME VON E-PLUS DURCH TELEFONICA DEUTSCHLAND**

Die Kommission eröffnete eine eingehende Untersuchung der am 31.10.2013 beantragten Übernahme von der zur KPN gehörenden E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG durch Telefónica Deutschland Holding AG, Deutschlands kleinstem Mobilfunkanbieter, bekannt unter dem Namen O2 (EB 19/13). Als Grund für diese Tiefenprüfung gab die Kommission an, dass durch den Zusammenschluss der Wettbewerb auf dem Mobilfunkkundenmarkt sowie auf den Märkten für den Großkundenzugang und den Verbindungsaufbau geschwächt werden könnte. Des Weiteren steige aufgrund der übernahmebedingten sinkenden Zahl von Wettbewerbern das Risiko, dass Mobilfunknetzanbieter ihre Preise erhöhten. Mit der Fusion würden zwei von insgesamt vier Mobilfunknetzen in Deutschland zusammengelegt werden. Bis spätestens zum 14.05.2014 hat die Kommission darüber zu entscheiden, ob die Bedenken gerechtfertigt sind.

Weitere Informationen:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-1304\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1304_de.pdf)

## **EINHEITLICHES LADEGERÄT: EINIGUNG IM TRILOG ZUR FUNKANLAGENRICHTLINIE**

EP und Rat einigten sich am 19.12.2013 im Trilog auf die Reform der Richtlinie über Funkanlagen. Der Entwurf sieht u. a. ein einheitliches Ladegerät für Mobilgeräte wie beispielsweise Smartphones und Tablets vor. Außerdem soll damit die gegenseitige Beeinflussung von Mobiltelefonen und anderen Funkanlagen vermieden sowie bessere Marktüberwachung und der Abbau von Bürokratie erreicht werden. Berichterstatterin MdEP *Barbara Weiler* (S&D/DEU) erläuterte dazu, dass eine hervorragende Balance gefunden wurden sei: Hoher Verbraucherschutz, keine unnötige Bürokratie und effiziente Marktüberwachung. Eine Abstimmung über die Richtlinie im Rat und EP wird voraussichtlich im März 2014 erfolgen, nachdem formell der Binnenmarktausschuss zugestimmt hat.

Weitere Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131219IPR31414/pdf>

## **INTERNETZUGANG UND NUTZUNG IN 2013**

Im vergangenen Jahr hatten in den EU-Mitgliedsstaaten 79 % aller Haushalte Zugang zum Internet und 76 % verfügten über eine Breitbandverbindung, während im Jahr 2007 lediglich 55 % der Haushalte an das Internet angeschlossen waren. Bei der Frage nach der Nutzung des Internets gaben 62 % der befragten Personen an, es täglich oder fast jeden Tag und weitere 10 % mindestens einmal pro Woche zu verwenden. Demgegenüber gaben 21 % der Befragten an, noch nie das Internet genutzt zu haben, in 2007 waren es noch 37 %. In Bezug auf Kommunikation mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen (E-Government) nutzen 41 % der an der Umfrage Beteiligten das Internet, allen voran die nordischen Mitgliedstaaten und die Niederlande.



Weitere Informationen:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-13-199\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-199_de.pdf)